

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 124

SEPTEMBER/OKTOBER 1996

DM 1,-

## Frankreich: Bullen stürmen besetzte Kirche Massenproteste gegen rassistische Abschiebungen

N.Y. SPARTACIST LEAGUE  
P.O. BOX 3381  
CHURCH ST. STATION  
NEW YORK, NY 10008  
212 - 267-1025

Zwanzigtausend Demonstranten gingen am 23. August in Paris auf die Straße, um gegen die Erstürmung der Kirche St. Bernard durch die Polizei zu protestieren. Die Kirche wurde von mehr als 300 eingewanderten Arbeitern besetzt gehalten, die versuchten, Aufenthaltsgenehmigungen zu bekommen. Tausend knüppelschwingende Bereitschaftsbullen durchbrachen die Menschenkette, die in Solidarität mit den Immigranten den Eingang blockierte, und schlugen die Kirchentüren mit Äxten ein. Zehn der Immigranten, die aus Protest in der achten Woche eines Hungerstreiks waren, wurden in Militärkrankenhäuser verschleppt und dort unter Bewachung gestellt. Etwa 210 verhaftete Immigranten, darunter 68 Kinder, wurden im Militärgefängnis von Vincennes festgesetzt, am östlichen Rand der Hauptstadt.

Die Ligue trotskyste de France (LTF), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, hat konsequent darum

*Fortgesetzt auf S. 30*



Reuter

Paris: Protest wurde von Gewerkschaftsblöcken unterstützt

## Viertes Reich: Pate des Völkermords an Kurden USA – Hände weg vom Irak!

4. September – Nach den US-Bombenangriffen auf den Irak verlegt das Pentagon jetzt weitere Bomber, Kriegsschiffe und Kampftruppen in die Region und droht mit einem neuen Schlag, der „unverhältnismäßig deutlich“ ausfallen werde. Aber mit Ausnahme von Britannien ist Washingtons

### Türkische Armee raus aus Kurdistan!

Golfkriegs-„Allianz“ auseinandergebrochen: Frankreich, Rußland und selbst die reaktionäre Arabische Liga sind gegen weitere US-Schläge. Als revolutionäre Internationalisten stehen wir auf der Seite des irakischen Volkes gegen die imperialistische Aggression. Saddam Hussein

muß für seine Verbrechen an den irakischen Werktätigen von diesen selbst zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Intervention der Vereinigten Staaten richtet sich vor allem gegen ihren deutschen imperialistischen Rivalen. Gegen den Widerstand der USA unterhält die deutsche Bourgeoisie enge Beziehungen zum Iran, wobei sie sich die iranischen Ölquellen und eine geplante Erdgasleitung zwischen Turkmenistan und Europa unter den Nagel reißen will. Und sie beabsichtigt, die Türkei als Regionalgendarm und damit als ein Sprungbrett zum Ausbau der eigenen Weltmachtrolle zu benutzen. Ein paar Tage nach den US-Bombardements gab Washington der Türkei grünes Licht, eine bis zu zwanzig Kilometer breite „Sicherheitszone“ auf irakisch-kurdischem Territorium zu errichten. Nur die Machteroberung des Proletariats kann die Menschheit vor einem

*Fortgesetzt auf S. 29*

# James P. Cannon über die Parteipresse



**TROTZKI**

1944/45 saßen James P. Cannon, der Begründer des amerikanischen Troztkismus, und andere Führer der Socialist Workers Party im Gefängnis, weil sie gegen „ihren eigenen“ Imperialismus im Zweiten Weltkrieg waren. Im Bundesgefängnis von Sandstone, Minnesota, hielt sich Cannon über die Entwicklungen in der damals revolutionären SWP auf dem laufenden. Der folgende Auszug aus einem seiner Briefe vom Januar 1945 hat besondere Bedeutung für eine Reihe von Kämpfen mit Jan Norden, dem ehemaligen Redakteur von Workers Vanguard und Redaktionsmitglied von Spartakist; insbesondere wird darin der Grundsatz bekräftigt, daß die Parteipresse der gesamten Partei gehört. Wie Lenin in seiner Schrift „Womit beginnen?“ (1901) erklärte: „Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken.“



**LENIN**

Die Presse: Mein Kumpel hier, der die Zeitungstechnik sehr gut kennt, weil er sie in den Lehrbüchern von Experten eifrig studiert hat, äußerte einige scharfe Kritik an den letzten Neuerungen im Umbruch der Zeitung und erklärte genau, was daran falsch war. Ich schlug vor, er solle seine Kritik aufschreiben und einschicken. Er antwortete: „Das wäre eine Vergeudung meiner Zeit. Ich habe andere Vorschläge eingeschickt, und denen wurde keine Aufmerksamkeit geschenkt; nicht einmal ihr Empfang wurde bestätigt.“ Diese Bemerkungen waren die härteste Kritik an der Handhabung der Zeitung, die ich gehört habe – man könnte fast sagen, die härteste Kritik, die überhaupt möglich ist.

Kritik übelzunehmen oder nicht wahrzunehmen ist eine der schrecklichsten Schwächen, von denen ein Führer befallen werden kann. Ich denke, eines der charakteristischen Merkmale eines wirklichen Führers ist die Fähigkeit, Kritik aufmerksam anzuhören. Wer das nicht kann, versperrt sich einen der besten Wege zum Lernen. Wer gutgemeinte Kritik übelnimmt, ist einfach unfähig, zu kindisch, für die Rolle eines Führers. Doch selbst böswärtige Kritik enthält manchmal einen Kern von Wahrheit, zumindest halbwegs, den man zum eigenen Vorteil beachten und sich zu eigen machen kann. Ich persönlich habe genau auf diese Weise mehr gelernt, als irgend jemand weiß...

„Diese Zeitung gehört nicht dir.“ Dieses Motto sollte sich allen, die an der Zeitung arbeiten, ins Gedächtnis ein-

prägen oder überhaupt an die Bürowände angeschlagen werden. Die Einstellung, die einen Menschen dazu treibt, das Büro, den Posten oder das Gremium der Partei, wo er arbeitet, als „sein eigenes“ zu betrachten und Kritik daran, wie er das handhabt, übelzunehmen, ist eine kleinbürgerliche Einstellung, eine Form der Geisteshaltung eines Privateigentümers.

Fragt in der Zeitung die Leser nach Vorschlägen für neue kurze Beiträge. Aus den Antwortbriefen – die alle im Arbeiterforum abgedruckt werden sollen – wählt ein halbes Dutzend gute aus und verteilt sie an Genossen, die für die Zeitung arbeiten wollen.

Die unantastbare Zeitschrift muß auseinandergehauen und wieder zusammengesetzt und der Partei untergeordnet werden. Diese vornehme Dame mißbraucht ihre Autorität und „denkt“ mehr oder weniger „unabhängig“ schon seit Anfang an. Ich werde zu meinem großen Vergnügen einen stürmischen Angriff auf dieses letzte Bollwerk institutioneller Autonomie führen und auf den Trümmern die Fahne der Partei hissen. Diese Zeitschrift – diese hochtrabende Schwindlerin – muß ihre Methoden ändern – aber schnell – und sich auf das neue Regime umstellen, das für Leistungsfähigkeit und reibungslose Koordinierung aller Abteilungen unter der unbestrittenen Vorherrschaft des Nationalen Komitees sorgt.

James P. Cannon, *Letters from Prison*  
(Briefe aus dem Gefängnis)

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler, Herbert Bäck (Produktion),  
Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs,  
Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),  
Bert Matthes (Vertrieb), Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg  
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH  
Postfach 555, 10127 Berlin  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über  
Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der  
Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Nr. 124

September/Oktober 1996

## KONTAKTADRESSEN

### Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 555, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

### Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle  
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

### Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44

# Rassistischer Überfall auf Berliner IG-Metall-Demo Polizei: Hände weg von den Gewerkschaften!

Der Polizeiterror gegen Immigranten richtet sich immer öfter direkt gegen die Gewerkschaften. Nur wenige Wochen nach dem 1. Mai, wo in Berlin die türkischen und kurdischen Teilnehmer des IG-Metall-Zugs vom Rest der Demo abgeriegelt und mehrere festgenommen wurden, gab es einen erneuten Polizeiüberfall auf die Arbeiter von Bosch-Siemens und Siemens FSZ. Und bei den nationalen Gewerkschaftsdemos am 7. September durchsuchte die Polizei vor Beginn der Demo den Lautsprecherwagen der IG Metall, ohne daß es einen lautstarken Protest der Gewerkschaftsführung gab! Statt dessen ließen die DGB-Bürokraten zu, daß sich direkt vor der Rednertribüne der Abschlußkundgebung Bullen in Kampfanzügen unter der Fahne der „Gewerkschaft“ der Polizei versammelten. Nichts zeigt deutlicher, wie notwendig es ist, im Kampf gegen die rassistischen Streikbrecher in Grün für den Rausschmiß der Polizei aus den Gewerkschaften zu kämpfen!

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hilft mit, die türkischen und kurdischen Arbeiter abzuspalten und dem staatlichen Terror preiszugeben. Am 7. September waren bei der Metallerdemo kaum Immigranten zu sehen, obwohl sie besonders in den Metallbetrieben ein wichtiger und kämpferischer Bestandteil der Arbeiter sind. Dies ist ein Ergebnis der kriminellen Zusammenarbeit der Gewerk-

schaftsspitzen mit der Polizei bei der Hetze auf Kurden, die bei der Bonner Demo von 350000 Arbeitern im Juni dazu führte, daß die kurdischen Immigranten am gleichen Tag getrennt nach Hamburg mobilisiert wurden.

Gegen den Überfall auf die Bosch-Siemens-Arbeiter schickte das Komitee für soziale Verteidigung, das mit der SpAD politisch verbunden ist, folgenden Protest am 8. Juli 1996 an den Innensenator Schönbohm:

Das Komitee für soziale Verteidigung solidarisiert sich mit dem Protest der IG Metall und protestiert schärfstens gegen den brutalen, offensichtlich rassistischen Überfall der Berliner Polizei auf eine IG-Metall-Kundgebung vor den Betriebstoren der Bosch-Siemens-Haushaltgeräte (BSHG) und der Siemens AG, FSZ, gegen das Kahlschlagprogramm der Bonner Regierung am Donnerstag, 27. Juni 1996 in Berlin-Spandau.

Fünfzehn Arbeiter, darunter acht Frauen, jeder einzelne ein Immigrant, wurden durch den Einsatz Ihrer Polizei verletzt. Sie prügelte auf die Arbeiter mit Schlagstöcken ein, in einem Fall wurde eine Arbeiterin mit einer Pistole bedroht. Einer Arbeiterin wurde das Handgelenk gebrochen, ein Arbeiter mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Nach seiner Rede auf der Kundgebung wurde IGM-Vertrauensmann

*Fortgesetzt auf S. 6*

## Spartakist-Abokampagne



Spartakist

### Quoten der Abokampagne 1996 30. September bis 3. November

Berlin .....	165
Halle .....	40
Hamburg .....	70
Auf Entfernung .....	15
<b>Gesamt .....</b>	<b>290</b>

**Gratis:** zu jedem Abo eine zuvor erschienene Ausgabe von *Spartacist*. Dazu ein Abogeschenk eurer Wahl:

- Spartakist*-Paket mit Artikeln zur Frauenfrage
- Women and Revolution*, englischsprachige Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.
- Spartakist*-Paket zur Türkei, Kurdistan und permanenten Revolution
- Spartakist*-Paket zu Mumia Abu-Jamal

### Abonniert jetzt!

- Jahresabo (6 Ausgaben): DM 5,-
  - Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

**Bestellt bei:**  
 Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin  
 Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 50010060

# Am Beispiel Frankreich: Rassismus und der BSA

Während der Studenten- und Arbeiterproteste im Frühjahr sahen militante Studenten die französischen Streiks als Vorbild. Zu der Zeit führte auch der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) an der Humboldt-Uni eine Veranstaltung zu Frankreich durch. Der BSA gibt sich fälschlicherweise als trotzkistisch aus und vermarktet das vorhandene Interesse, um seine eigenen arbeiterfeindlichen Thesen zu verkaufen.

Die französischen Arbeiter traten mit einer gewaltigen Streikwelle dem konzertierten Angriff der Kapitalisten auf ihren Lebensstandard entgegen. Doch trotz der riesigen Unterstützung für die Streiks schafften es die Gewerkschaftsbürokraten, sie gerade dann abzuwürgen, als sie auf das ganze Land übergriffen. Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) kämpften für die Ausweitung auf die Großindustrie, wo Immigranten ein strategischer Bestandteil der Arbeiter sind. Dafür war es notwendig, den Kampf der Arbeiter gegen den Sozialraub mit der Mobilisierung gegen den rassistischen Staatsterror zu verbinden.

Um die Arbeiter zu spalten, setzte die Chirac/Juppé-Regierung die rassistische Operation Vigipirate gegen „illegale“ Immigranten ein: Die Städte wurden abgeriegelt, jeder Passant mit dunkler Hautfarbe durchsucht, terrorisiert und als „Immigrant“ ausgestoßen, selbst wenn er in Frankreich geboren und Staatsbürger ist. Die Kampagne zielte darauf ab, alle „Immigranten“ zum Sündenbock für die Krise des Kapitalismus zu machen. Außerdem halten die Kapitalisten noch die Schlägertrupps von Le Pen in Reserve, eine der größten faschistischen Bewegungen in Europa.

Aber die BSA-Referentin Verena Nees, Redakteurin der *Neuen Arbeiterpresse*, hatte in ihrem Referat *kein Wort* zum Rassismus zu sagen. Ein Genosse der Spartakist-Jugend stellte fest: „Für die Arbeiterklasse in Frankreich ist es eine Frage elementarer Selbstverteidigung, gegen die Operation

Vigipirate zu kämpfen, gegen jede Diskriminierung und Abschiebung, und volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter zu fordern.“ Dem BSA ist das egal. Er unterscheidet sich darin keinen Deut von den chauvinistischen Sozialdemokraten und Stalinisten, die alles dafür taten, damit die Arbeiterklasse in Frankreich entlang rassistischer Linien gespalten blieb.

Nun stellt sich der BSA hin und behauptet, der Verrat der Gewerkschaftsspitzen in Frankreich hätte den Beweis für seine These geliefert, daß die Gewerkschaften insgesamt „tot“ seien. Wie unser Genosse feststellte, „setzt der BSA die prokapitalistische Führung der Gewerkschaft mit ihrer proletarischen Basis gleich“. Und das ist beim BSA seit Jahrzehnten konstant. Der BSA hat sich an die Gewerkschaftsbürokratie angebidert und rief 1990 zur Wahl von Lafontaines SPD auf. So wie die politischen Banditen des BSA früher die Bourgeoisie und SPD im antisowjetischen Kriegskurs unterstützten, appellieren sie jetzt an die Rückständigkeit gegenüber Immigranten und wollen von der Offensive der Bosse gegen die größten Verteidigungsorganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, profitieren.

Die LTF forderte in einem Streik-Extra „Zerschlagt Vigipirate!“ und kämpfte dafür, Immigranten, Frauen und Jugendliche hinter der Macht der Arbeiter zu vereinigen. Unser trotzkistisches Programm hat sich in Paris machtvoll bestätigt, als Gewerkschaftsblöcke und Immigranten die Flüchtlinge verteidigten (s. Seite 1). Das LTF-Extra erklärte: „Die Bourgeoisie ist in ihrer Entschlossenheit vereint, gegen die Arbeiter und Unterdrückten Krieg zu führen. Um zurückzuschlagen, um zu gewinnen, braucht die Arbeiterklasse einen Generalstab, eine revolutionäre Führung, die sich auf das Programm stützt, daß diejenigen, die arbeiten, herrschen müssen.“ Dafür kämpfen Spartakist-Jugend und SpAD, genau wie unsere Genossen in Frankreich! ■

## Die zwei Gesichter von Workers Power

Die April-Ausgabe von *Workers Power* (WP, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) enthält die Überschrift: „Militant über Irland: Linke Flankendeckung für den Loyalismus“, die die Positionen von Militant treffend charakterisiert. Aber *genau dieselbe Ausgabe* von *Workers Power* druckt einen an Militant (hier SAV) gerichteten Brief ab, unterzeichnet von Keith Harvey im Namen der Internationale von *Workers Power* (LRCI), der damit endet: „Warum eröffnet Militant Labour nicht den Umgruppierungsprozeß in Britannien und tritt in Diskussion mit *Workers Power*?“

Jahrzehntelang hat sich Militant geweigert, „Britische Truppen raus aus Nordirland!“ zu fordern. Wie WP feststellte, hat Militant sich Billy Hutchinson in die Arme geworfen, einem Repräsentanten der protestantischen britisch-loyalistischen Todesschwadronen. Wir haben Militant und andere Gruppen scharf dafür angegriffen, daß sie scheußlicherweise für diesen faschistoiden Abschaum Werbung machen, und wir hielten fest, daß die Ulster Volunteer Force, die Hutchinson repräsentiert, einige der gräßlichsten Greuelthaten gegen Katholiken in Nordirland begangen hat. Vor einem Jahr protestierten unsere Genossen der Dublin Spartacist Group vor einer Militant-Veranstaltung in Dublin, wo Hutchinson als Redner auftrat. Als im letzten Som-

mer die Alliance for Workers Liberty (Allianz für Arbeiterfreiheit) den Parlamentsabgeordneten der Unionisten Ken Maginnis auf ihrer Schulungsveranstaltung in London als Gast hatte, gaben wir eine Protesterklärung heraus (*Workers Hammer* Nr. 146, Juli/August 1995).

Jedem anständigen Sozialisten sollte sich der Magen umdrehen angesichts der Tatsache, daß Militant sich in letzter Zeit mit faschistoiden Loyalisten eingelassen hat. WP hatte historisch zu Irland politische Differenzen mit Militant, wenn auch aus dem Blickwinkel einer stellvertretenden Unterstützung des irischen katholischen Nationalismus, einschließlich einer Unterstützung für wahllose, gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Bombenanschläge der IRA. Das Streben von WP nach Einheit mit Militant, einer Gruppe, die zur Frage von Nordirland eine entgegengesetzte Position hat, zeigt den totalen Zynismus ihrer Behauptung, sie würden „Umgruppierung“ immer auf der Basis von „programmatischer Übereinstimmung“ suchen. Allerdings haben diese beiden Gruppen eine gemeinsame Grundlage – und zwar ihre Loyalität zur Labour Party. Vor diesem Altar macht WP der Gruppe Militant einen Fusionsantrag, und dabei sind ihre Differenzen zu Irland vollkommen untergeordnet.

Übersetzt aus *Workers Hammer*, Nr. 151, Juli/August 1996

# ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

## Hamburg: Veranstaltung für Liverpooler Docker Stoppt die Streikbrecherfracht!

Seit knapp zwölf Monaten streiken 500 Hafentarbeiter der Mersey Dock & Harbour Company (MDHC) in Liverpool gegen die Privatisierung der britischen Häfen. Sie kämpfen dagegen, aus ihren Festanstellungen entlassen zu werden, wo die Bosse sie dann als sogenannte Unständige wie Tagelöhner täglich heuern und feuern können. Im letzten gewerkschaftlich organisierten Hafen Britanniens steht ihr Kampf auf des Messers Schneide. Ihr Streik muß dringend von den Schlüsselsektoren der Arbeiterklasse aufgegriffen werden als Teil des Kampfes, die Hafentarbeitergewerkschaft wiederaufzubauen. In vielen Häfen rund um die Welt solidarisieren sich Arbeiter mit den Liverpoolern, die die dortigen Häfen besuchen, um für Unterstützung zu werben. Internationale Arbeiteraktionen der anderen Häfen sind notwendig, um die Streikbrecherfracht zu stoppen und die Streikenden in Liverpool schlagkräftig zu unterstützen!

Am 22. August berichteten im Hamburger Gewerkschaftshaus zwei Mitglieder des Rats der Vertrauensleute der streikenden Hafentarbeiter und der ITF (International Transportworkers Federation – Internationale Transportarbeiter-Vereinigung) über ihren Kampf. Auch im Hamburger Hafen brodelt es seit langem, und so war das Interesse der etwa 100 Hafentarbeiter und anderen Besucher groß. Die britischen Kollegen schilderten, wie die Arbeiter gleich zu Beginn der Kämpfe im September 1995 Streikposten aufstellten. Sie erklärten klipp und klar: *Streikposten überquert man nicht!*

Für dieses elementare Prinzip der Arbeiterbewegung stehen auch unsere Genossen der Spartacist League/Britannien (SL/B). Sie rufen auf: *„Für Massenstreikposten, um den Hafen von Liverpool dichtzumachen! Zerschlagt die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze!“* Die Arbeiterbewegung hat die Kraft, diesen Kampf auszuweiten, aber sie wird durch eine prokapitalistische Gewerkschaftsführung daran gehindert, die vor nichts mehr Angst hat als vor der Entfesselung der Macht der Arbeiter, weil sie die Wahl der Labour Party und ihr eigenes nettes Verhältnis zu den Bossen nicht gefährden will. Die SL/B warnte in ihrem Streik-Extra vom 12. Januar, daß die Labour Party – „neu“ von Blair und „alt“ von Scargill – ein Hindernis ist. Anstelle einer Führung, die bestenfalls das kapitalistische System reformieren will, brauchen wir eine revolutionäre Führung, die die Kämpfe gegen den rassistischen Staatsterror und gegen Abschiebungen mit den Streiks der Arbeiter verbindet und die ganze kapitalistische Ordnung wegfegt. Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Auf der Hamburger Versammlung erzählten die Liverpooler Arbeiter über die starke internationale Solidarität: so im Hafen von Montreal, wo vier Liverpooler Docker einen Kran besetzten, damit ein Streikbrecherschiff der Reederei Cast nicht beladen werden konnte. Sofort tauchten die Bullen auf und wollten die vier verhaften und abschieben. Die Hafentarbeiter in Montreal haben sofort reagiert und sich vor die Liverpooler Kollegen gestellt: Wenn ihr die verhaftet oder deportiert, werden wir den Hafen dichtmachen! Woraufhin sich die vier aus Liverpool wieder frei bewegen konnten, um mit den Arbeitern über Boykottmaßnahmen zu diskutieren. In Australien bestreiken die Hafentarbeiter sogar komplett die ABC-Reederei, die Liverpool anläuft.

In Hamburg weigerten sich die sozialdemokratischen ÖTV-Bürokraten, zu irgendwelchen *Aktionen* in Solidarität mit den streikenden Liverpooler Kollegen aufzurufen. Sie

wiegelten ab, es müsse alles „im legalen Rahmen bleiben“. Doch der einzige „illegale“ Streik ist einer, den man verliert. Das spüren die Arbeiter im Hamburger Hafen ganz konkret, wo die Tariflöhne und Arbeitsbedingungen von den großen Reedereien frontal angegriffen werden. Ein Arbeiter stand auf und sagte, sein Vater habe Blut dafür gelassen, daß der Monatslohn anstelle des Tagelohns eingeführt wurde, und er werde alles tun, um zu verhindern, daß das wieder eingeführt wird. Als bekannt wurde, daß die ÖTV nur DM 2000,- an die Liverpooler gespendet hat (die keine Streikunterstützung erhalten!), riefen Arbeiter empört: „Lächerlich!“ Ein anderer machte klar, daß die organisierten Arbeiter alle gewerkschaftlichen Aktionen gegen Reedereien voll ausführen werden. Regelmäßig wird in der Nachtschicht von Samstag auf Sonntag ein Schiff, das Liverpool anläuft, gelöscht. Statt diese *Streikbrecherfracht zu stoppen*, wollen die Betriebsratsfürsten das Schiff „mit größter Sorgfalt“ löschen. Macht den Hamburger Hafen dicht für Transporte aus und nach Liverpool!

Auf der Veranstaltung sagte ein SpAD-Genosse: „Im Rahmen der Neuen Weltordnung steht heute jeder hier, wie überall in der Welt, unter Beschuß der Kapitalisten: Gewerkschafter, Flüchtlinge, Frauen, Arbeitslose. Gegen diesen Angriff wehren sich die Liverpooler Docker und gewannen deshalb echte internationale Solidarität. Die Lehren des britischen Bergarbeiterstreiks sind aber, daß eine Gewerkschaft allein nicht gegen die Macht des kapitalistischen Staates mit seinen Bullen, Gerichten, Anti-Gewerkschaftsgesetzen und angeheuertem Streikbrechern ankommen kann.“ Der britische Bergarbeiterstreik 1984/85 war die entscheidende Klassenschlacht seit dem Generalstreik von 1926. Die Thatcher-Regierung und ihre Bullen brauchten ein ganzes Jahr, bis sie die Bergleute besiegten. Dabei halfen ihnen die „linken“ Gewerkschaftsführer, die den Bergleuten in den Rücken fielen und die Ausweitung auf andere Sektoren der Industrie verhinderten. Die Militanz des Bergarbeiterführers Scargill, der nicht von der Labour Party brach, reichte nicht aus – was ihm fehlte, war eine revolutionäre Perspektive. Die brennende Lehre dieses Bergarbeiterstreiks ist die dringende Notwendigkeit, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die die Massen im Kampf führen kann, um die kapitalistische Ordnung zu stürzen.

Bei der Veranstaltung spielten sich auch Anhänger der vorgeblich trotzkistischen „Gruppe Spartakus“ als Verteidiger des Hafentarbeiterstreiks auf. Aber in Wirklichkeit sind sie *Streikbrecher*. Unser Genosse warnte die Arbeiter vor dem GS-Redner: „Howard Keylor von der Gruppe Spartakus stellt sich hier hin und mimt den große Solidarität übertreibenden Gewerkschafter. Dabei haben sie gerade in New York stolz in einem Flugblatt ihren Streikbruch verteidigt.“ Bei einem Streik der Arbeiter für Gebäudeinstandsetzung im letzten Winter war die Respektierung der gewerkschaftlichen Streikpostenkette, die überwiegend aus Schwarzen und Immigranten bestanden, durch andere Gewerkschaften zentral. Und obwohl offiziell die reformistischen Gewerkschaftsleitungen die Ausweitung ablehnten, wurde die Streikpostenkette von vielen individuellen Gewerkschaftsmitgliedern und sogar Nichtmitgliedern wie Lieferwagenfahrern respektiert. Die GS dagegen praktizierte und vertei-

Fortgesetzt auf S. 6

## Liverpool...

Fortsetzung von S. 5

digte öffentlich das Überqueren der Streikpostenkette.

Und dies nicht zum ersten Mal! 1984 stimmte die traditionell linke und mehrheitlich aus Schwarzen bestehende Hafentarbeitergewerkschaft von San Francisco für den Boykott von Frachten aus Apartheid-Südafrika. Howard Keylor half der Gewerkschaftsbürokratie höchstpersönlich, die Aktion zu sabotieren mit der Behauptung, daß die Gewerkschaft keine Verantwortung dafür habe. Damit wurde alles zur „persönlichen Gewissensfrage“ gemacht, was bedeutet, daß die Arbeiter *nicht* von der Gewerkschaft verteidigt werden, wenn sie unter Beschuß stehen. Beide Beispiele zeigen die totale Verachtung der GS für das elementare Gewerkschafterprinzip: Streikposten überquert man nicht! Kein Gewerkschafter mit Selbststachtung, kein Unterstützer der Arbeiterbewegung, und ganz bestimmt kein Kommunist, überquert jemals eine Streikpostenkette! Wie Trotzki sagte, ist sie der Kern der künftigen proletarischen Armee.

Hart erkämpfte Errungenschaften können nur durch harten Klassenkampf verteidigt werden. Ein Arbeiter berichtete über die Hamburger Aktion gegen die niederländi-

### Dessau: Verteidigt den Antifaschisten Daniel S. !

In der Nacht vom 4. zum 5. April wurde Daniel S. in Wittenberg an der Ecke Dessauer/Karl-Liebnecht-Straße von 25–30 bewaffneten Faschisten umzingelt und verfolgt. Sie waren mit Pistolen, Schwertern und Baseballschlägern bewaffnet. Nur knapp gelang ihm die Flucht vor diesem mörderischen faschistischen Angriff. Daniel schaffte es, sich mit einem Messer gegen einen Nazi erfolgreich zu verteidigen. Hätte Daniel S. sich nicht bewaffnet verteidigt, wäre er heute vielleicht tot.

Jetzt wurde Daniel von der bürgerlichen Justiz vor Gericht gezerrt und wegen versuchten Totschlags angeklagt. Vor dem Gericht in Dessau forderte der Staatsanwalt eine mehrjährige Haftstrafe. Die tödliche Bedrohung durch die Faschisten, wofür es mehrere Zeugen gibt, bewertet die Staatsanwaltschaft als „bedeutungslos“. Erst nach dem 29. August gelang es seinem Anwalt Thomas Herzog, Daniel S. aus dem Dessauer Knast zu holen, allerdings mit strengen polizeilichen Auflagen. Aus einem Knast, vor dem ein zu DDR-Zeiten errichteter Gedenkstein an die in diesem Gefängnis vom Nazi-Regime ermordeten Antifaschisten erinnert.

Die gleiche bürgerliche Justiz, die in Rostock, Magdeburg und Lübeck die Nazis schützt, will mit Daniel S. ein Opfer zum Täter machen, wie sie es in Lübeck mit Safwan Eid versucht – einem Überlebenden des Nazi-Brandanschlags in der Hafenstadt, dem jetzt ebenfalls der Prozeß gemacht wird. Weg mit den abgekarteten Anklagen gegen Safwan Eid!

Der bürgerliche Staat will jeden Widerstand gegen den mörderischen Nazi-Terror kriminalisieren, denn er braucht diese außerparlamentarischen Banden in einer Zeit verschärfter staatlicher Verfolgung von Immigranten und zunehmender Angriffe auf die Arbeiterklasse. Wir kämpfen für die Mobilisierung der Arbeiterklasse/Immigranten, um den Naziterror zu stoppen!

**Die gesamte Linke und Arbeiterbewegung muß Daniel S. gegen die Justiz des bürgerlichen Staates verteidigen! Sofortige Einstellung des Verfahrens! Spenden: Stichwort „Daniel“, Kreissparkasse Quedlinburg, BLZ 800 535 02, Konto 31105102**

sche Reederei Kotug in diesem Frühjahr, die mit Billiglöhnen die Tarife brechen wollte. Die Hamburger Schlepper antworteten darauf mit einem Bummelstreik gegen das größte Containerschiff der Welt, der im ganzen Hafen unterstützt wurde. Dies zeigte die Macht der Arbeiter. Aber die ÖTV-Bürokraten stimmten einer generellen Senkung der Mindestlöhne zu. Ein Arbeiter vom Schuppen 73 bemerkte wütend, daß 120 Schlepper-Seeleute entlassen wurden. Notwendig ist, daß die Hamburger Hafentarbeiter ihre Tariflöhne für *alle* Arbeiter in ihrem Bereich durchsetzen, für die „unständigen“ Tagelöhner-Kollegen feste Arbeitsplätze erkämpfen und die Unorganisierten organisieren.

Und in den letzten Wochen gab es internationale Aktionen der ITF in Hamburg und weiteren nordwesteuropäischen Häfen, die erfolgreich die Bezahlung von gleichen Tariflöhnen für Seeleute durchsetzten. Ein Spartakist-Unterstützer beteiligte sich daran und berichtete: „Seeleute aus Asien erhalten nur DM 250 im Monat, während der Tarif der ITF DM 1220 beträgt. Eine Delegation der Gewerkschaft, ausgestattet mit zwei Bannern, ging zur Gangway eines solchen Schiffes und verlangte Einsicht in die Arbeitsverträge. Wenn dort Tariflöhne gezahlt wurden, konnte das Schiff be- und entladen werden. Wenn nicht, wurde das Schiff nicht gelöscht.“ Ziemlich schnell gingen die Reedereien in die Knie und unterschrieben die Tarifverträge. Die Hafentarbeiter können sich gegen die Zerstörung ihrer Tarife und Arbeitsplätze nur verteidigen, wenn der Kampf um gleiche Arbeitsbedingungen für alle mit Arbeiteraktionen gegen rassistische Angriffe und Abschiebungen verbunden wird.

Wie der Spartakist-Redner betonte: „Die Gewerkschaftsführung, die mit der Sozialdemokratie verbunden ist, spielt nach den Spielregeln der Kapitalisten, Druck auf das Parlament auszuüben – wie bei der Demo in Bonn –, das heißt zu verlieren, denn man akzeptiert den kapitalistischen Rahmen. Wir brauchen eine revolutionäre Partei, die einen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten führt, für kommunistische Politik in den Gewerkschaften, um die Arbeiterklasse ihrem nationalbornierten und verräterischen Würgegriff zu entreißen. Wir wollen diese internationalistische Arbeiterpartei aufbauen, mit dem Programm, die Arbeiterklasse unabhängig zu mobilisieren, auch in Verteidigung von Flüchtlingen, gegen das Verbot der PKK und gegen Nazis.“

**Unterstützt die Liverpooler Hafentarbeiter! Sammelt Geld und überweist es auf das Spendenkonto der IG Medien, Ortsverein Hamburg: Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 200 101 11, Konto 12 900 231 00, Stichwort „Flying Pickets“.**

## IG-Metall-Demo...

Fortsetzung von S. 3

Güngor Dimirci geschlagen und festgenommen. Nur der empörte Protest aller Kollegen dieser integrierten Belegschaft hat seine Freilassung bewirkt.

Dieser blutige Angriff auf das Versammlungsrecht der Arbeiter geht einher mit dem Polizeiberfall auf Immigranten auf dem IG-Metall-Demonstrationszug zur zentralen DGB-Kundgebung am 1. Mai, wobei das PKK-Verbot als Vorwand diente. Wie am 27. Juni war dies kein „Mißverständnis“, sondern ein durchsichtiger Versuch, die Arbeiter einzuschüchtern und zu spalten. Direkte Angriffe Ihrer Polizei auf Gewerkschaftsdemonstrationen, in Verbindung mit der geplanten Einführung von „schwerem Landfriedensbruch“ als automatischem Ausweisungsgrund für Immigranten, betrachten wir als Angriffe auf die gesamte Arbeiterbewegung und auf die demokratischen Rechte von allen.

Hände weg von den Bosch-Siemens- und Siemens-FSZ-Arbeitern! Polizei: Hände weg von den Gewerkschaften! ■

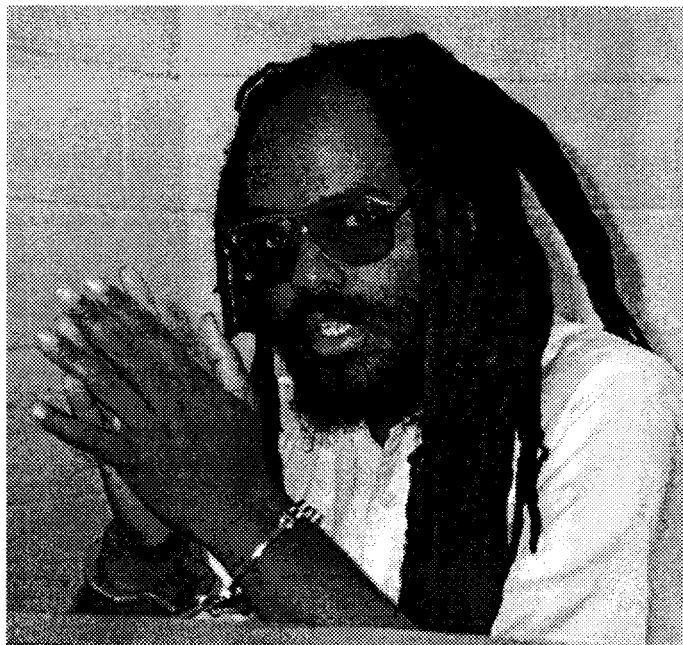
# Augenzeugin bestätigt Unschuld Mumia kämpft gegen Lynchurteil

Am 4. September hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania entschieden, daß Mumia Abu-Jamals Berufung an den Philadelphia Court of Common Pleas zurückverwiesen wird zu einer weiteren Anhörung, die sich auf die eidesstattliche Erklärung von Veronica Jones gründet, einer Zeugin, die der Verteidigung bei der Berufungsverhandlung von 1995 nicht zur Verfügung stand. Damit reagierte der Oberste Gerichtshof auf einen neuen Berufungsantrag, den die Anwälte von Mumia Abu-Jamal als Teil des andauernden Kampfes für die Freiheit dieses unbeugsamen schwarzen Journalisten und Unterstützers der MOVE-Organisation Anfang August gestellt hatten. Als Krönung einer jahrelangen Vendetta des Polizeikommissariats von Philadelphia, des FBI und anderer Polizeistellen gegen Jamal war er in eine Falle gelockt und 1982 unter der falschen Anschuldigung, den Philly-Bullen Daniel Faulkner umgebracht zu haben, zum Tode verurteilt worden. Seit Ende der 60er Jahre, als Jamal im Alter von 15 Jahren ein Sprecher der Black Panther Party wurde, war man auf seinen Tod aus, und selbst nachdem Mumia ein bekannter Radiokommentator geworden war, blieb er eine Zielscheibe der Polizei und des FBI.

Die eidesstattliche Erklärung der Zeugin Veronica Jones, eingegangen beim Obersten Gerichtshof im letzten Mai, liefert neue schlagkräftige Beweise dafür, daß sie ein paar Tage, bevor sie im Prozeß von 1982 als Zeugin der Verteidigung aussagte, im Gefängnis – wo sie unter der Anklage stand, das Schwerverbrechen eines bewaffneten Raubüberfalls begangen zu haben – von Polizeidetektiven aus Philadelphia besucht und zu einer Änderung ihrer Aussage *gezwungen* wurde. Die Detektive „sagten mir, daß ich mir über die anstehende Anklageerhebung wegen Straftaten keine Sorgen machen müsse, wenn ich gegen Jamal aussagen und Jamal als den Schützen identifizieren würde“, so Jones. Unter dieser Einschüchterung durch die Polizei änderte Jones dann beim Prozeß ihre Zeugenaussage und nahm ihren Augenzeugenbericht zurück, daß sie unmittelbar nach den Schüssen zwei Männer habe weglaufen sehen. Dieser Rückzieher, der auf den Druck der Polizei hin zustande kam, untergrub Jamals Verteidigung ganz wesentlich.

Im Frühjahr dieses Jahres hat das Verteidigungsteam die Zeugin Jones zum ersten Mal seit ihrer Aussage beim Prozeß von 1982 ausfindig gemacht. Die Verteidigung gab die eidesstattliche Erklärung, die alarmierende Enthüllungen über polizeiliche Übergriffe enthielt, zu den Akten und stellte beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania den Antrag, den Fall an die erste Instanz zurückzuverweisen, so daß Jones als Zeugin aussagen könne. Mit Hinweis auf die offensichtliche Voreingenommenheit des Richters Sabo beim Prozeß von 1982 und bei der Wiederaufnahmeanhörung 1995, bei der er wieder den Vorsitz hatte, forderte die Verteidigung, daß der Fall einem anderen Richter übertragen werde.

Angesichts der offensichtlichen Bedeutung von Jones' Aussage hat der Oberste Gerichtshof Jamals Antrag auf eine Neuaufnahme stattgegeben. Das heißt *nicht*, daß ein neuer Prozeß oder eine neue Anhörung gewährt wird. Wenn dieses Verfahren zum Abschluß kommt, wird der Fall beim Obersten Gerichtshof in der Berufung weiter verhandelt werden. Dieses Gericht hat die Angelegenheit an die erste Instanz zurückverwiesen, die innerhalb von 30 Tagen eine Anhörung organisieren und anhand der Beweisaufnahme entscheiden soll, ob Jamal aufgrund von Jones' neuerlicher



Workers Vanguard

## Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Aussage einen Anspruch auf ein weiteres Verfahren hat.

Empörenderweise ist der Fall noch einmal an Richter Sabo verwiesen worden. Mit Richter Sabo als Vorsitzendem gibt es allen Grund anzunehmen, daß diese neue Anhörung nur eine Wiederholung der Anhörung von 1995 sein wird, bei der Richter und Staatsanwalt gemeinsam Jamals Beweisführung behindern und die Einsicht in die von der Staatsanwaltschaft unterdrückten Akten verhindern.

Mumias Kampf, seine abgekartete Verurteilung rückgängig zu machen, ist zum Brennpunkt der Proteste gegen die rassistische Todesstrafe geworden. Im Juni 1995 unterzeichnete der republikanische Gouverneur Tom Ridge den Befehl für Jamals Hinrichtung. Eine Welle internationaler Proteste brachte zwei Monate später für Mumia eine Aussetzung der Hinrichtung. Der juristische Kampf wurde im Februar vor den Obersten Gerichtshof des Staates gebracht. Als Erwiderung auf ein Dokument von 172 Seiten, das die Bezirksstaatsanwaltschaft von Philadelphia eingereicht hatte, wurde am 5. August auf einer Pressekonferenz vor dem Büro von Bürgermeister Ed Rendell ein neuer Berufungsantrag beim Obersten Gerichtshof des östlichen Bezirks von Pennsylvania angekündigt. Jamals neue Berufungsunterlagen gehen ausführlich auf die vielfachen Übergriffe der Staatsanwaltschaft beim Verfahren 1982 ein; sie fordern auch, vor dem Obersten Gerichtshof eine mündliche Beweisführung zuzulassen, und beantragen den Rücktritt des Richters Ronald Castille am Obersten Gerichtshof von dem Berufungsverfahren.

Hauptverteidiger Leonard Weinglass erklärte den Antrag, Castilles als befangen von dem Verfahren auszuschließen, damit, daß der Richter eine lange Vorgeschichte hat hinsichtlich der „Verteidigung der Bezirksstaatsanwaltschaft, wenn es um Anschuldigungen von strafrechtlichen Übergriffen geht“, und er wies auch darauf hin, daß Castille selber damals Bezirksstaatsanwalt in Philly war, als Mumia 1989 eine erste Berufung vor dem Obersten Gerichtshof des

Fortgesetzt auf S. 8

## Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von S. 7

Staates eingelegt hatte. Weinglass unterstrich auch Castilles Verbindungen zu der Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibruderschaft), „einer dritten Partei in diesem Prozeß“, die mit der Bezirksstaatsanwaltschaft Hand in Hand zusammengearbeitet hat bei dem Versuch, den legalen Lynchmord an Jamal zu erreichen. Bezeichnenderweise hatte ihn die FOP in Philly früher zum „Mann des Jahres“ ernannt (*Pacific News Service*, 5. August).

In den letzten Monaten gab es eine ganze Reihe von Berichten über Polizeibrutalität und -korruption in Philadelphia, und Hunderte von falschen Verurteilungen werden gegenwärtig neu aufgerollt. Rachel Wolkenstein, ebenfalls Verteidigerin von Jamal und Rechtsanwältin des Partisan Defense Committee (PDC), sagte auf der Pressekonferenz zur Situation in Philadelphia: „Zwar sind wir fest davon überzeugt, daß politische Hintergründe und rassistische Voreingenommenheit zu der Anklage gegen Mumia geführt haben, aber man muß nicht Mumia Abu-Jamal sein, damit einem ein fairer Prozeß vorenthalten wird und man gefälschten Beweisen ausgesetzt wird.“

Auf der Pressekonferenz stellte Weinglass fest: „Überall, wo Jamals Fall einer nochmaligen Überprüfung unterzogen wurde, sei es von Rechtsanwälten, von Journalisten, die sich mit dem Fall beschäftigt haben, oder von einem Fernsehsender wie HBO, ist die Schlußfolgerung zwangsläufig: Er braucht ein neues Verfahren.“ Ein Dokumentarfilm über Jamal mit dem Titel „Ein Fall für berechnete Zweifel?“, den HBO in diesem Sommer gedreht hatte, machte es überdeutlich, daß Jamals „Verfahren“ 1982 eine juristische Farce war. Die FOP in Philadelphia will mit allen Mitteln jede Aufdeckung des Komplotts gegen Jamal unterdrücken und versuchte daher, einen Boykott gegen HBO zu organisieren, genauso wie sie es letztes Jahr gegen den Verlag machte, der Mumias machtvolleres Buch mit seinen Gefängnischriften *Live From Death Row (Mumia Abu-Jamal ... aus der Todeszelle*, Agipa-Press, Bremen, 1995) herausgebracht hat.

Trotz überwältigender Beweise seiner Unschuld ist Mumia Abu-Jamal immer noch in der Todeszelle eingesperrt. In dem gerade laufenden Wahlkampf konkurrieren die beiden großen kapitalistischen Parteien – Demokraten und Republikaner – um das rassistische „Recht-und-Ordnung“-Image, besonders durch ihr Drängen auf die barbarische Todesstrafe. Ein von Clinton vorgeschlagenes „Antiterrorismus“-Gesetz, das Anfang des Jahres mit der

überwältigenden Mehrheit der Stimmen beider Parteien angenommen wurde, weitet die Anwendungsmöglichkeiten für die Todesstrafe enorm aus. Clinton zeigte schon seine Entschlossenheit, rassistische legale Lynchmorde zu beschleunigen, als er 1992 seine Wahlkampagne extra unterbrach, um die Hinrichtung eines hirngeschädigten schwarzen Mannes, Ricky Ray Rector, in Arkansas zu beaufsichtigen.

Die Verfolgung von Jamal und die gegenwärtige Beschleunigung der Hinrichtungen sind integrale Bestandteile des rassistischen „Rechts“-systems der USA und enthüllen das Spinnennetz von Unterdrückung durch Polizei, Gerichte und Staatsanwälte, die zusammen den kapitalistischen Staat ausmachen. Das wird besonders klar, wenn man sich die mörderische Vendetta gegen Mumia ansieht: Castille, der gegenwärtige Richter am Obersten Gerichtshof, war vorher der polizeifreundliche Bezirksstaatsanwalt und Unterzeichner des Dokuments, das Jamals Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania zurückwies; der gegenwärtige Bürgermeister Rendell war Bezirksstaatsanwalt in Philly zur Zeit von Jamals Gerichtsverfahren; die gegenwärtige Bezirksstaatsanwältin Lynne Abraham, eine fanatische Befürworterin der Todesstrafe, war die Richterin, die gegen Mumia im Dezember 1981 Anklage erhob, und die Unterzeichnerin der Befehle, die im Mai 1985 zu der grauenhaften Bombardierung der MOVE-Kommune führten. Eine Arbeiterrevolution wird notwendig sein, um dieses System der rassistischen kapitalistischen Unterdrückung hinwegzufegen, die gegen alle Werktätigen und Minderheiten gerichtet ist.

Das Partisan Defense Committee arbeitet an allen Fronten, auch mit juristischen Berufungsmaßnahmen, aber es setzt das Vertrauen allein in die Macht der Arbeiterklasse und der Unterdrückten, nicht in das rassistische Gerichtssystem. Das PDC, fast ein Jahrzehnt im Kampf zur Befreiung von Mumia aktiv, ist eine klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die mit der Spartacist League verbunden ist. All diejenigen, die für die Freiheit für Mumia und andere Opfer der rassistischen Unterdrückung kämpfen, müssen auf die Macht sozialer Massenproteste setzen und insbesondere darauf abzielen, die Arbeiterbewegung zu mobilisieren und in eine Allianz mit schwarzen und anderen Minderheitsorganisationen und antirassistischen Jugendlichen zu bringen. Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

**Spendet für Jamals Rechtsverteidigung auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, BLZ 10040000, Stichwort „Jamal“.**

## Spartakist-Veranstaltungen

**Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!**

**Nahost – Brennpunkt imperialistischer Rivalitäten**

**USA, BRD: Blutige Hände weg vom Nahen Osten!**

**Berlin**

**Mittwoch, 6. November 1996**

Ort und Zeit bitte  
telefonisch erfragen  
unter Tel. (030) 4439400

**Hamburg**

**Samstag, 26. Oktober 1996**

16.00 Uhr  
Werkstatt 3, Nernstweg 32–34  
1. Stock, Seminarraum  
U/S-Bahn Altona

**Leipzig**

**Dienstag, 29. Oktober 1996**

19.00 Uhr  
Werk II, Kochstraße 132  
1. Stock  
Straßenbahn Connewitzer Kreuz



# Klan-Terroristen in Chicago verprügelt

Als eine Bande von KKK-Mordbrennern am 29. Juni in der Innenstadt von Chicago (USA) versuchte, eine Rassenhaß-Provokation zu veranstalten, entriss ihr entrüstete anti-rassistische Demonstranten die Konföderiertenflagge und machten sie mit dem Straßenpflaster von Daley Plaza bekannt. Fast 100 Gewerkschafter, Linke und antirassistische Jugendliche traten den zehn rassistischen Terroristen der „Ritter des Ku Klux Klan“ mit einer energischen Demonstration entgegen. Die mit nagelbespickten Schildern und Stangen bewaffneten Klan-Männer wurden vernichtend geschlagen, als sie provokativ auf die antifaschistische Demo zumarschierten. Die Zeitung *Chicago Tribune* (30. Juni) berichtete, daß „das Hemd von Thomas Robb, dem Führer der Gruppe ..., von Schnittwunden in seinem Gesicht blutverschmiert war.“

Der antifaschistische Protest, in weniger als 24 Stunden vom Partisan Defense Committee (PDC), Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV), und der brüderlich mit der Spartacist League/U.S. verbundenen Labor Black Struggle League initiiert, machte klar, daß der KKK-Terror in Chicago nicht stattfinden wird, ohne auf entschlossenen Widerstand zu treffen! Das war ein Sieg aller Werktätigen und Angehörigen unterdrückter Minderheiten!

Jetzt werden acht antirassistische Demonstranten, die am 29. Juni verhaftet wurden, mit Gefängnisstrafen von bis zu einem Jahr bedroht. Der Prozeß wurde bereits zweimal vertagt, weil der Staatsanwalt mit einer obszönen Provokation versucht, die Anti-Klan-Demonstranten zusammen mit dem einen Klan-Mann vor Gericht zu stellen, der auch angeklagt wurde. Die angeklagten Antirassisten haben breite Unterstützung vor allem von Gewerkschaften erhalten. Bei den angesetzten Prozeßterminen versammelten sich Gewerkschafter, antirassistische Aktivisten und Sozialisten in Solidarität vor dem Gerichtsgebäude und forderten: „Weg mit den Anklagen gegen die Anti-Klan-Demonstranten!“ Der nächste Prozeßtermin ist der 23. September.

Nachfolgend drucken wir auszugsweise die Presseerklärung des PDC vom 29. Juni ab, die Anfang Juli vom KfsV auf deutsch herausgegeben wurde:

Die Polizei von Chicago reagierte wie zu erwarten, sie beschützte die widerliche Klan-Provokation, indem sie die antirassistischen Demonstranten mit Tränengas und CS-Gas angriff und mindestens sechs von ihnen verhaftete. Unter den Verhafteten befinden sich Gewerkschafter, mehrere Unterstützer der marxistischen Spartacist League, ein Aktivist von Refuse and Resist! sowie Anarchisten und junge Organisatoren des „Gewerkschaftssommer“-Programms des AFL-CIO (Dachorganisation der Gewerkschaften in den USA). Mehrere Jugendliche wurden brutal von den Bullen angegriffen, sie wurden auf den Boden geschmissen und mit den Köpfen gegen Polizeiwagen geschlagen. PDC-Sprecher Mark Kelly sagte: „Die rassistische Gewalt von Bürgermeister Daleys Bullen ist den Minderheiten in Chicago nur allzu gut bekannt. Es waren nur die Bullenkette und ihr brutaler Angriff auf die Anti-Klan-Demonstranten, die die Versammlung der Klan-Männer davor bewahrten,

ganz aus der Stadt gejagt zu werden.“

„Zusammen mit der Niederbrennung der Kirchen der schwarzen Gemeinden im Süden, die man in dieser Größenordnung nicht mehr gesehen hat seit den 60er Jahren, als der KKK-Terror gegen die Bürgerrechtsbewegung wüthete, war der Versuch, eine Klan-Provokation im Zentrum von Chicago aufzuführen, eine tödliche Bedrohung gegen Schwarze, Immigranten, Juden, Schwule – alle Minderheiten – und ein Dolch, der auf die integrierte Arbeiterbewegung zielte. In der gegenwärtigen Kampagne gegen Sozialleistungen und Affirmative Action (bevorzugende Quoten für Frauen, Schwarze, Minderheiten), die von Clintons Demokraten und von Doles Republikanern gleicher-



Workers Vanguard

**Vom PDC initiierte Einheitsfront-Demonstration zur Verteidigung der inhaftierten Anti-Klan-Demonstranten in Chicago am 23. Juli**

maßen vorangetrieben wird und die geprägt ist von massiven Ausweitungen der Polizeikräfte und der Gefängnisse und der forcierten Ausführung der rassistischen Todesstrafe, will der Klan seine Präsenz akzeptiert sehen und Legitimität erreichen. Und angesichts des rechten politischen Klimas im Lande gibt es den Druck, daß die Klan-Männer als ‚die Jungs von nebenan‘ betrachtet werden. Die heutige antirassistische Demonstration ist eine wichtige Bestätigung dafür, daß die Kreuzverbrenner des Klans in Chicago nicht toleriert werden. Das ist ein Sieg für alle Werktätigen. Auch 1994 hat das Partisan Defense Committee eine auf den Gewerkschaften basierende Demonstration initiiert, in Springfield, Illinois, die die Macht der Arbeiter zeigte, den Klan zu konfrontieren“, sagte PDC-Sprecher Gene Herson, der auch verhaftet worden war.

Der Sprecher der Labor Black Struggle League, Bernard Branche, gab die folgende Erklärung ab: „Die städtische  
Fortgesetzt auf S. 22

**Weg mit den Anklagen gegen Anti-Klan-Demonstranten!**

## Brasilien: Für revolutionären Trotzismus – Nein zum Gewerkschaftsopportunismus

# Abbruch brüderlicher Beziehungen mit Luta Metalúrgica

Die Internationale Kommunistische Liga hat die brüderlichen Beziehungen zur brasilianischen Gruppe Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (LM/LQB) gelöst. In einem Brief des Internationalen Exekutivkomitees der IKL vom 17. Juni an LM stellen wir fest:

„Die IKL hat nun seit mehreren Monaten darum gekämpft, die tatsächlichen Praktiken von Luta Metalúrgica/LQB in Übereinstimmung zum revolutionären politischen Programm zu bringen, wie es in der Erklärung der brüderlichen Beziehungen zum Ausdruck gebracht wurde, der unsere beiden Organisationen im September 1994 zustimmten. Insbesondere seit unserer IEK-Sitzung im Januar 1996 hat es scharfe politische Kämpfe gegeben, und zwar sowohl gegen den Gewerkschaftsopportunismus von LM als auch gegen deren zentristische Unterordnung des revolutionären Programms unter eine Politik endloser prinzipienloser Blöcke und formloser Zusammenschlüsse in den Gewerkschaften ...“

Da LM/LQB offensichtlich hartnäckig an ihrem opportunistischen Kurs festhält, lösen wir die brüderlichen Beziehungen auf und trennen unsere Organisationen. Wir hoffen auf Gelegenheiten für gemeinsamen Kampf.“

LM entstand als eine proletarische Formation mit einer kämpferischen Geschichte im industriellen Stahlzentrum Volta Redonda. 1989 schloß sich diese Gruppe der brasilianischen Gruppe Causa Operária an (CO, eine Tendenz, die mit der pseudotrotzkistischen Partido Obrero von Jorge Altamira in Argentinien verbunden ist), trennte sich aber 1994 wieder von dieser, im wesentlichen wegen der zentristischen Anpassung von CO an die Volksfront. CO rief zur Wahl von Lula auf, dem „Arbeiter-Kandidaten“ in der bürgerlichen Formation Frente Brasil Popular, einer Allianz der Klassenkollaboration zwischen Lulas Arbeiterpartei (PT) und verschiedenen „progressiven“ kapitalistischen Politikern.

Gerade die Opposition von LM zu Lulas Volksfront sowie ihr Verständnis der Zentralität des Kampfes gegen rassistische Unterdrückung – die vom Rest der brasilianischen Linken ignoriert wird – als eine *strategische* Frage für eine sozialistische Revolution in Brasilien legten die Basis für die

Aufnahme brüderlicher Beziehungen im Herbst 1994. Brüderliche Beziehungen stellen einen dynamischen Prozeß dar, in dessen Verlauf die offenbare programmatische Übereinstimmung durch gemeinsame Arbeit und durch Diskussionen über Differenzen überprüft wird. Das ist auf jeden Fall ein langwieriger und schwieriger Prozeß. Doch aufgrund der geographischen Entfernung, der Sprachschwierigkeiten und dem niedrigen Niveau der Kommunikationstechnik gestaltete er sich in Brasilien noch schwieriger. Wir versuchten, unsere Verbindung zu LM zu festigen und Differenzen oder mögliche Differenzen durch geduldige und pädagogische Diskussion zu überwinden.

Da es bei brüderlichen Beziehungen keinen Stillstand gibt – d. h. wenn wir uns nicht vorwärts bewegen, dann gibt es einen Rückschritt –, hat die IKL einen der führenden LM-

Repräsentanten zu einer maßgeblichen Versammlung unseres Internationalen Exekutivkomitees im Januar eingeladen. Anschließend investierten wir beträchtliche Mittel, um den Aufenthalt eines IKL-Repräsentanten über mehrere Monate in Brasilien zu gewährleisten und um den Plan für gemeinsame Arbeit, auf den wir uns geeinigt hatten, umzusetzen. Dieser Plan konzentrierte sich auf die Notwendigkeit, ein Parteiorgan für Propagandazwecke herauszugeben, unsere organisatorische Präsenz auf ein bedeutendes Ballungsgebiet auszudehnen und den Versuch zu unternehmen, aus der jün-

geren Generation neue Mitglieder zu gewinnen, und zwar auch im Bereich der Stahlindustrie, in dem LM sich Anerkennung erworben hat.

In den Monaten vor der IEK-Sitzung war LM hauptsächlich an einem formlosen und prinzipienlosen Block beteiligt, den Municipários em Luta (MEL, Städtische Arbeiter im Kampf), die kürzlich die Führung der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter in Volta Redonda errungen hatten. Auf der IEK-Sitzung im Januar erfuhr die IKL zum ersten Mal, daß diese Gewerkschaft die Polizei einschließt! Während der letzten sechs Monate wurden unsere Beziehungen zu LM/LQB von den folgenden miteinander verbundenen Fragen beherrscht: erstens darum zu kämpfen, die Bullen aus den Gewerkschaften rauszuschmeißen, und



Luta Metalúrgica

Von Luta Metalúrgica initiiertes Einheitsfrontprotest für Mumia Abu-Jamal in Volta Redonda, August 1995

zweitens die LM-Gruppe von ihrer eingefleischten Praxis, in den Gewerkschaften prinzipienlose Verbindungen einzugehen, zu brechen.

Obwohl LM formal für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiter eingetreten ist, hat sich die Gruppe mit unmarxistischen Kräften und sogar mit finsternen Gestalten eingelassen. Sie fungierte als Berater der Kandidaten der MEL-Liste, ohne jemals in deren Wahlpropaganda die Frage aufzuwerfen, die Bullen aus der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter zu entfernen. Darüber hinaus wurde dieses Wahlprogramm, das sehr links klang, so spärlich verteilt, daß die Mehrheit der Bullen in der Gewerkschaft für die MEL-Kandidatenliste stimmte!

LM trat zwar gegen den Block zwischen Lulas PT und verschiedenen bürgerlichen Politikern auf, doch tatsächlich stellt eine Gewerkschaftsverbundung zwischen Arbeitern und Bullen eine reinere Form der Volksfront dar als diejenige, die auf parlamentarischer Ebene existiert: Die Massenorganisation, die die Klasseninteressen der Arbeiter verteidigen soll, ist direkt mit den bewaffneten Organen zur Verteidigung des Kapitals verbunden.

In einem Brief vom 23. Februar an LM bemerkten wir: „Der Kampf dafür, die Bullen aus den Gewerkschaften zu entfernen, entspricht dem Aufruf, keine Stimme für Lula abzugeben: Das ist der konkrete Ausdruck des marxistischen Prinzips der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung vom kapitalistischen Staat.“ Darüber hinaus wiesen wir darauf hin, daß die von LM vertretene Position zur Frage der schwarzen Bevölkerung durch ihre tatsächlichen gegenwärtigen Praktiken sowohl untergraben wird als auch im Widerspruch dazu steht:

„Unter den politischen Fragen, die Luta Metalúrgica und die IKL miteinander verbinden, sind unsere Betonung und unser Kampf für eine auf dem Proletariat basierende Strategie zu nennen, um die rassistische Unterdrückung zu zerschlagen. Genossen, bedenkt, was dies genau bedeutet. Wenn morgen für die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter die Notwendigkeit bestünde, in der Organisation von Arbeiter/Schwarzen-Verteidigungsaktionen die führende Rolle zu übernehmen, dann würde eine solche Mobilisierung behindert, sabotiert oder unmöglich gemacht durch die Anwesenheit der Kräfte in der Gewerkschaft, die rassistische Massaker wie in Candelária, Vigário Geral und Carandirú durchführen und die die Bauern in Rondônia abschlachten.“

Nur wenige Wochen nach diesem Brief führte die Militärpolizei ein Massaker an Bauern in El Dorado dos Carajás durch. Zur gleichen Zeit wurde in der bürgerlichen Presse enthüllt, daß Bullen aus der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter wiederholt an Aktionen der Todesschwadronen teilgenommen hatten, die für die Ermordung von Straßenkindern verantwortlich sind.

Die dringende Frage des Rausschmisses der Bullen aus der Arbeiterbewegung spitzte sich zu, als der Staat selbst mit einem bedrohlichen Überfall der berüchtigten Militärpolizei auf ein Treffen der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter am 13. März den Fehdehandschuh warf. In Verteidigung der mit uns brüderlich verbundenen Genossen sowie der Gewerkschaft mobilisierte die IKL ihre Kräfte für eine internationale Solidaritätskampagne, wobei sie sich auf unseren prinzipiellen Standpunkt der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung vom kapitalistischen Staat stützte. Diese Kampagne wurde vom Partisan Defense Committee (mit der SL/U.S. verbundene Verteidigungsorganisation) organisiert und konnte die Un-

terstützung von Arbeitergewerkschaften und Militanten von Südafrika bis Tokio gewinnen, die forderten, daß die Bullen ihre Angriffe auf LM und die Gewerkschaft einstellen. Seit die Genossen von LM dazu gezwungen waren, haben sie einen prinzipienfesten und schwierigen Kampf gegen die Polizeipräsenz in der Gewerkschaft geführt.

Doch im Feuer dieser Kampagne kamen unsere Differenzen deutlich zum Vorschein, sogar als wir gemeinsam mit LM Stellung gegen die staatliche Repression bezogen. Obwohl die LM-Gruppe abstrakt mit der Notwendigkeit übereinstimmt, einen trotzkistischen Kern in Brasilien zu schmieden, hat sie die notwendige Parteiarbeit – wie die Herausgabe einer Zeitung, um ihren Fall bei den Arbeitern bekannt zu machen und die Hexenjäger zu entlarven – dem Ziel untergeordnet, ihre von oben ausgeübte Kontrolle über die Gewerkschaft durch den von oben ernannten Posten eines „Gewerkschaftsberaters“ zu bewahren.

Und das, obwohl der Chef-Hexenjäger selbst Teil der MEL-Liste war, ein gewisser Arthur Bonizetti Fernandes, der sich zum Sprecher der Bullen gemacht hat. Skandalöserweise arbeitet dieser im Sinne der Bullen agierende Provokateur unter der Anleitung einer vorgeblich trotzkistischen Gruppe, der Liga Bolchevique Internacional (ein Außenposten der argentinischen PBCI)! In einem gemeinsam von der IKL und LM/LQB herausgegebenen Flugblatt (nachgedruckt in *Espartaco* Nr. 8, Frühjahr-Sommer 1996) schrieben wir: „Dies ist eine schmutzige Angelegenheit: In einem vor kurzem geschriebenen Brief (vom 1. März 1996) der Liga Bolchevique Internacionalista (LBI) an Arthur (der den Komplott gegen MEL geplant hat) wird diesem die Anweisung gegeben, Luta Metalúrgica und die IKL anzugreifen, weil wir Schwarze und Homosexuelle verteidigen ... Die vorgeblichen Linken wie Arthur und die LBI spucken auf



AP

**Arme Bauern, niedergemetzelt von der Militärpolizei in Pará in Nordbrasilien im April. Bullen sind die mörderische Faust des kapitalistischen Staates**

Schwarze und Frauen und umarmen die repressiven Kräfte des Staates.“

Über die zwei für revolutionäre Marxisten grundlegendsten Fragen hatten die brüderlichen Beziehungen einen toten Punkt erreicht: der Staat und die Parteifrage. In einem weiteren Brief an LM vom 11. Juni schrieben wir:

„Die Aufgabe von Marxisten ist es, ein Programm zu haben, das den Weg zu einer proletarischen Revolution aufzeigt. Die Gruppe Luta Metalúrgica hat durch ihr Programm und ihren Umgang mit dem Staat und seinen

*Fortgesetzt auf S. 12*

## Nieder mit Polizeiangriffen auf Gewerkschaft in Volta Redonda!

Die Polizeiangriffe und Provokationen gegen die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter in der Stahlstadt Volta Redonda sind weiter eskaliert. Wie die Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil berichtet, haben am 19. Juni 15 Bullen eine Gewerkschaftsversammlung umzingelt, um die Arbeiter zu stoppen. Empörenderweise hatte der Gewerkschaftssekretär Arthur Bonizetti Fernandes die kapitalistischen Gerichte angerufen, um die Gewerkschaftsversammlung abzusagen. Die Versammlung wurde unterbrochen und mußte aufgrund physischer Provokationen von Arthur und seinen Schlägern gegen den gewählten Gewerkschaftsvorsitzenden Geraldo Ribeiro vorzeitig abgebrochen werden.

Die verschärften Polizeiangriffe gegen die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter sind Teil des Versuchs der Volksfront von Volta Redonda, die auch Vertreter von Lulas Arbeiterpartei einschließt, diese Gewerkschaft zu zerstören. Gleichzeitig ist die Gewerkschaft intern durch die Anwesenheit von Bullen innerhalb der Gewerkschaft behindert. Arthurs Fraktion hat bei der finsternen Kampagne gegen den Gewerkschaftsvorsitzenden Geraldo und

seinen Berater, Alexandre Honorato „Cerezo“, an diese Polizei-Basis appelliert (siehe auch *Spartakist* Nr. 123, Juni/Juli 1996).

Geraldo wurde kürzlich durch Gerichtsbeschluß für einen Monat als Gewerkschaftsvorsitzender suspendiert. Die LM/LQB berichtet auch über Anklagen gegen Geraldo, weil er der rassistischen Entlassung einer schwarzen Arbeiterin entgegengetreten ist und diesen Fall unter den Gewerkschaftsmitgliedern bekannt gemacht hat! Ein anderer Gewerkschaftsaktivist, Marcello Carrega, weigerte sich, einen Lkw zu verschieben, der während eines nationalen Generalstreiks am 21. Juni den Arbeitsplatz blockierte. Rund 50000 Soldaten wurden während des Streiks in Bereitschaft gehalten, der sich gegen die Austeritätsmaßnahmen der Regierung und die mörderische Unterdrückung der landlosen Bauern richtete.

Wir fordern: Bullen und Gerichte – Hände weg von der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter in Volta Redonda! Polizei raus aus den Gewerkschaften! Sofortige Wiedereinsetzung von Geraldo Ribeiro! Weg mit allen Anklagen gegen Geraldo und Marcello!

## Luta Metalúrgica...

Fortsetzung von S. 11

bewaffneten Organen Hindernisse für dieses Programm der Arbeiterrevolution errichtet. Denn LM hat dadurch Verwirrung unter den Arbeitern gestiftet, daß sie für die Führung einer Gewerkschaft kandidierte, in der Bullen waren, und ohne daß diese entscheidende Frage besonders und eindringlich in der Gewerkschaftswahlkampagne angesprochen wurde. Der Punkt ist nicht, sich darüber elend zu fühlen oder über uns verärgert zu sein, weil wir auf dieser Frage bestehen. Der Punkt ist, daran etwas zu ändern...

Ein solider Kern authentischer Bolschewiki muß in einem klaren politischen Kampf für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung vom bürgerlichen Staat geschmiedet werden, auch wenn das Risiko besteht, in der Gewerkschaftsspitze zu dieser Zeit an Einfluß zu verlieren. Wenn dies durch die Unterordnung der prinzipiellen Fragen unter den täglichen Kampf um Einfluß auf die Gewerkschaftsführung immer wieder aufgeschoben wird, muß dies unweigerlich zu fortgesetzten Provokationen der Polizei führen, sowohl von seiten der politischen Kräfte, die die Polizei führen, als auch von seiten der ‚Linken‘, die auf deren Geheiß handeln. Was noch wichtiger ist: Der Kampf um marxistische Klarheit und für ein revolutionäres politisches Bewußtsein wird in den Hintergrund gedrängt werden. Die Basis, auf die revolutionäre Marxisten ihr Vertrauen setzen und um die sie kämpfen, ist an der *Basis* der Gewerkschaft – bei den wirklichen Arbeitern.“

### Gewerkschaftsbewußtsein kontra revolutionäres Bewußtsein

Leninistische Arbeit in den Gewerkschaften hat die Aufgabe, die fortgeschrittensten Arbeiter *an der Basis* programmatisch zu einem Verständnis ihrer Klasseninteressen – verkörpert im revolutionären Programm – zu gewinnen und die revolutionäre Führung aufzubauen, die benötigt wird, um für diese Interessen gegen die Ausbeuter und

scheinlinken Irreführer zu kämpfen. Die berühmten „21 Bedingungen“ zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale von Lenin und Trotzki zielten genau darauf ab, die wirklichen Kommunisten von den Reformisten und Zentristen zu trennen, und zwar indem sie daran festhielten, daß ein kommunistisches Programm *mit Leben erfüllt werden muß* und es nicht ausreicht, einfach abstrakt mit einem solchen Programm übereinzustimmen, während man es in der Praxis verletzt. Ebenso war die ganze Stoßrichtung der Organisationsresolution der Kommunistischen Internationale, kommunistische Zellen in den Gewerkschaften anzuleiten und zu organisieren und sich nicht auf Manöver und prinzipienlose Blöcke an der Spitze einzulassen.

Fortgeschrittene Arbeiter müssen zum Programm und zu der Perspektive gewonnen werden, alle Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Umsturz der bürgerlichen Ordnung und zum Umbau der Gesellschaft auf einer gerechten und egalitären Basis hinzuführen. So schrieb Lenin in *Was tun?*, der Polemik gegen die ökonomistische Tendenz, die die tagtäglichen Kämpfe der Arbeiter verherrlichte:

„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart.

... und *wie sehr wir uns auch abmühen mögen* mit der Aufgabe, ‚dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen‘, wir würden es *nie zustande bringen*, im Rahmen dieser Aufgabe das politische Bewußtsein der Arbeiter (bis zur Höhe des sozialdemokratischen politischen Bewußtseins) zu entwickeln, denn *dieser Rahmen selbst ist zu eng*...

Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter *nur von außen* gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen *aller Klassen*

Fortgesetzt auf S. 23

# Pabloismus des zweiten Aufgusses

## Ein verschämter Abschied vom Trotzismus

*Nachstehend drucken wir die aus Platzgründen gekürzte Übersetzung aus Workers Vanguard Nr. 648, 5. Juli 1996. Die vollständige Fassung des Artikels ist in der zweiten Auflage des SpAD-Diskussionsbulletins Nr. 25, „Nordens ‚Gruppe‘: Verschämter Abschied vom Trotzismus“, erschienen, das über unsere Kontaktanschriften bestellt werden kann (siehe die separate Anzeige in diesem Artikel).*

Jan Norden, der 23 Jahre lang Chefredakteur von *Workers Vanguard (WV)* gewesen ist, wurde am 8. Juni auf einer Sitzung des Politischen Büros aus der Spartacist League/U.S. ausgeschlossen, weil er absichtlich gegen die elementarste Mitgliedschaftsbedingung in einer leninistischen Partei verstoßen hat: daß die Partei ein Monopol über die öffentlichen politischen Aktivitäten ihrer Mitglieder hat. Marjorie Stamborg, lange Zeit Mitglied in der Redaktion von *WV*, wurde ebenfalls ausgeschlossen, weil sie sich weigerte, die demokratisch-zentralistische Disziplin der revolutionären Partei anzuerkennen.

Norden, der bis vor kurzem Mitglied des Internationalen Exekutivkomitees und des Internationalen Sekretariats der Internationalen Kommunistischen Liga sowie des Zentralkomitees und Politischen Büros der SL/U.S. war, war offenbar seit einiger Zeit mit einem großen Teil seiner politischen Aktivitäten in den Untergrund gegangen. Seit etwa acht Monaten hatte er aufgehört, von der Partei Rückerstattungen für Auslagen zu verlangen, die ihm bei der Erfüllung seiner politischen Aufgaben von seiner Wohnung aus erwachsen sind, wie für Telefon oder ein Telefaxgerät und einen Computer, die ihm von der Organisation zur Verfügung gestellt worden waren. Gleichzeitig reichte er weiterhin

Rechnungen für alle anderen Materialien ein, die er seiner Meinung nach für die politische Arbeit brauchte, die er gerade ausführte.

Natürlich erklärt das nicht viel. Der Anarchist Bakunin wurde aus der Ersten Internationale wegen finanzieller Machenschaften ausgeschlossen. Aber das sagt sehr wenig über die Differenzen zwischen Marxismus und Anarchismus aus. Im Fall von Norden spiegelte sein gestörtes organisatorisches Verhalten eine verschämte politische Abwendung vom Programm des revolutionären Trotzismus wider, für die er aber nicht offen eintrat oder kämpfte, sondern die sich vielmehr in einer zunehmend verzweifelten Suche nach anderen sozialen Kräften als dem Proletariat und nach anderen Mitteln als der leninistischen Avantgardepartei ausdrückte, die die Sache des Kampfes für die Befreiung der Menschheit voranbringen sollten, sowie in einer Anpassung an diese Kräfte. Nach einem langen und erschöpfenden internen Kampf war Nordens revisionistischer Kurs so gründlich entlarvt, daß er, trotz seiner jahrelangen Autorität in der Partei, am Ende nur mit seiner langjährigen politischen Mitarbeiterin und Lebensgefährtin Stamborg sowie seinem Schützling Negrete rausging.

Trotzki schrieb in *Die Lehren des Oktober* (1924), daß plötzliche Veränderungen der Weltsituation immer Desorientierung und Konfusion in der revolutionären Partei, und besonders in deren Führung, hervorrufen. Die Periode von 1989 bis 1992 war international von tiefgreifenden Änderungen und historischen Niederlagen für die Arbeiterklasse gekennzeichnet, da die kapitalistische Konterrevolution die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten in

*Fortgesetzt auf S. 14*



Spartacist



Reuters

**Wohin Nordens Gelüste schweiften: zu verknöcherten Überbleibseln der früheren stalinistischen DDR-Bürokratie, die jetzt in der sozialdemokratischen PDS sind, und zu Castros Kuba**

## Verschämter Abschied...

Fortsetzung von S. 13

Osteuropa und die Sowjetunion zerstörte. Indem die Linke den Imperialismus den Triumphalismus über den „Tod des Kommunismus“ abkauft, verwirft sie im allgemeinen in raschem Tempo sogar jeden leninistischen Anschein und sucht nach einer „Umgruppierung“ hin zu größeren reformistischen Formationen zusammen mit Sozialdemokraten und Exstalinisten. Unsere kleine revolutionäre Internationale ist kaum immun gegen den zersetzenden Druck dieser Periode der nachsowjetischen Reaktion. Aber im Gegensatz zu unseren zentristischen und reformistischen Opponenten, die sich in ihrem Opportunismus suhlen und dabei glattzünftig alle internen Probleme leugnen, streben wir danach, ganz offen die Aufgaben und Schwierigkeiten, die vor uns stehen, zu beurteilen, und als einzige bringen wir diese vor die internationale Arbeiterklasse und die Linke.

Der Grund dafür ist, daß wir für eine neue Oktoberrevolution kämpfen, während die anderen vorgeblichen Trotzlisten das Ziel einer internationalen proletarischen Revolution seit langem aufgegeben haben. Aber das Mißverhältnis zwischen diesem Ziel und dem jetzigen politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse, der Jugend und Linken international ist groß. Heute finden sogar die meisten subjektiven Linken den Gedanken einigermaßen exotisch, daß eine proletarische Revolution, wie sie 1917 von Lenins bolschewistischer Partei in Rußland erfolgreich durchgeführt wurde, der Schlüssel zur Befreiung der Menschheit ist. Dies ist in nicht geringem Maße den Verbrechen der Stalinisten und davor der Sozialdemokraten zu verdanken, die aus dem Programm und den Idealen des revolutionären Marxismus eine Farce gemacht haben.

Wie wir in einem „Memorandum zu Perspektiven und Aufgaben“ schrieben, das diesen Januar auf einer Sitzung unseres Internationalen Exekutivkomitees (IEK) angenommen und kürzlich in einem Diskussionsbulletin veröffentlicht wurde („Nordens ‚Gruppe‘: Verschämter Abschied vom Trotzismus“): „Die Nichtanerkennung der Periode, in der wir uns befinden, und der erforderlichen Beziehung unserer kleinen revolutionären Avantgarde zum Proletariat sowie das Fehlen der Sowjetunion als eines aktiven und bestimmenden Faktors in der Politik haben zur Desorientierung und zum Bedürfnis geführt, fremden politischen

Programmen und Klassenkräften zu folgen.“

Der Druck dieser Periode kam auch in praktisch allen Sektionen der IKL in vielen Kämpfen über die Bedeutung und den Zweck einer revolutionären leninistischen Avantgarde zum Ausdruck. Diese Kämpfe waren nicht nur als politisches Korrektiv absolut erforderlich, sondern schärfen auch unser revolutionäres Programm für die Intervention in die Kämpfe, die gegen die von den kapitalistischen Herrschern international geführte unerbittliche Offensive auflockern und zukünftig ausbrechen werden. Aber für Norden wurde das Mißverhältnis zwischen dem, was wir anstreben, und dem gegenwärtigen Bewußtsein der Arbeiterklasse zu einem gähnenden, unüberbrückbaren Abgrund.

Er und Stamberg zeigten einen zunehmenden Pessimismus in die Fähigkeit unserer Partei und ihres revolutionären Programms, irgendeine Wirkung in der „Neuen Weltordnung“ zu erzielen. Dies äußerte sich in immer häufigeren Breitseiten gegen den angeblich „abstrakten“ oder „passiven“ Propagandismus der IKL. Dem entsprach Nordens zunehmend feindliche Entfremdung von der Parteiführung, in der er alles andere als bloß schmückendes Beiwerk gewesen war. Stamberg, ein stellvertretendes Mitglied des Zentralkomitees der SL/U.S., ging ihm schon länger mit einer Entfremdung voran, die sich bis zur Rage steigerte. 1985 hatte sie für die SL/U.S. bei den Bürgermeisterwahlen in New York City kandidiert – eine bessere Kandidatin wäre schwerlich zu finden gewesen. Aber schon seit einiger Zeit begehrte sie gegen eine von ihr so wahrgenommene bleierne „Bürokratie“ auf, die ihren häufigen radikal-liberalen Gelüsten im Wege stand.

### Das Krankheitsbild des Impressionismus

Norden hatte schon immer einen starken Hang zum Impressionismus und zu Abenteuerum auf Entfernung, der Auftrieb erhielt durch einen oft törichteren Optimismus über die Fähigkeit von Kräften, die sehr weit vom Trotzismus oder eigentlich vom Proletariat entfernt sind, daß diese zu einem gewissen Grad erfolgreich gegen die Verwüstungen der imperialistischen Bourgeoisie „kämpfen“ könnten. Im Rahmen eines politischen Kollektivs konnten diese Appetite nicht nur eingeschränkt werden, sondern auch für eine gesunde Spannung bei der Bestimmung der politischen Linie und Intervention sorgen. Gleichzeitig gab es aber Gelegenheiten, wo dieses Gleichgewicht umkippte und es zu Verzerrungen in unserer Propaganda kam.

Norden stand immer an der äußersten Spitze einer Tendenz, den militärischen Faktor impressionistisch überzubewerten (und das oft bis zum fantastischen Ausmaß). Dementsprechend drückte sich dies darin aus, eine Flut erwarteter antiimperialistischer Kämpfe heraufzubeschwören, während die zentralen und miteinander verbundenen Faktoren des politischen Bewußtseins und der materiellen wirtschaftlichen Realität bedenklich heruntergespielt wurden. Wie Trotzki bemerkte, kann Impressionismus in militärischen Angelegenheiten entweder zu der idealistischen Betrachtungsweise führen, daß revolutionäre Leidenschaft jeden militärischen Nachteil ausgleichen würde, oder umgekehrt den Ansporn zu einem rechten Impuls geben, daß jeder Kampf hoffnungslos sei.

Die Fehler in der Berichterstattung von *WV* über den Golfkrieg wurden besonders in einem Dokument mit dem Titel „Kalter-Kriegs-Impressionismus, *Workers Vanguard* und der ‚Golfkrieg‘“ vom Genossen



Rebours/AP

„Autobahn des Todes“, Schreckensszene des einseitigen US-Gemetzels an irakischen Soldaten beim Rückzug aus Kuwait 1991. Norden spielte tödliche Macht des US-Imperialismus herunter

Ralf Eades von der Spartacist League/Britain angesprochen. Eades fragt, nachdem er auf die übertriebenen Aussagen des Artikels in *WW* über die Stärke des irakischen Militärs und deren Fähigkeit, den Kräften des US-Imperialismus einen ernsthaften Schaden zufügen zu können, eingegangen ist: „Wäre es eine Kapitulation vor der Vernebelungs- und Ablenkungspropaganda der Imperialisten gewesen, die Arbeiter aller Länder zur revolutionären Verteidigung des Iraks wachzurütteln, dazu, daß sie das vernichtende einseitige Abschlagen, das vor unseren ungläubigen Augen *vorbereitet* wurde, mit den Mitteln des Klassenkampfes aufhalten, zum Entgleisen bringen und zerschlagen?“

Nordens leichtfertige Haltung gegenüber der militärischen Macht des US-Imperialismus spiegelte sich in dem ironischen Ton eines Artikels auf der Titelseite über einen US-Raketenangriff auf Bagdad wider, der in *WW* Nr. 579 (2. Juli 1993) erschien. Als Genossen diesen Artikel und die Art, wie die Zeitung geführt wurde, kritisierten, wurde ihnen „mit einer wütend-defensiven, bereichsbornierten, überempfindlichen, arroganten, cliquistischen und antileninistischen Reaktion begegnet“ („The Post-Soviet World: Perspectives and Tasks of the Spartacist League/U.S.“ [Die nachsowjetische Welt: Perspektiven und Aufgaben der Spartacist League/U.S.], englischer *Spartacist* Nr. 51, Herbst 1994). Dieser Ausbruch drückte Nordens erklärte Position für eine „Einmannherrschaft“ über die Parteipresse aus (und über alle Aspekte unserer internationalen Arbeit, an denen er persönlich beteiligt war).

Praktisch hieß das der Aufbau eines auf *Workers Vanguard* konzentrierten Apparates, parallel zur zentralen Parteiorganisation. Nordens persönliche Machtgelüste bedeuteten, daß er sich dauernd an der bolschewistischen Praxis der Unterordnung der Presse unter die kollektive Parteiführung rieb. Diese Probleme spitzten sich in einer scharfen Auseinandersetzung auf einer Sitzung des Politischen Büros im September 1993 zu. Dennoch blieb Norden der Chefredakteur von *Workers Vanguard*, solange er die Disziplin der Partei und das Korrektiv von internen politischen Kämpfen akzeptierte.

Norden hatte auch eine stalinoide Neigung, besonders gegenüber Castros Kuba. Diese Neigung kam vielleicht am grotesksten in anfänglichen Versuchen zum Ausdruck, den stalinistischen Schauprozeß und die Hinrichtung von General Ochoa zu entschuldigen, der des internationalen Drogenhandels angeklagt war. Ochoa hatte zusammen mit Castro gegen die Batista-Diktatur gekämpft und in Angola die kubanischen Truppen gegen die von den USA und Südafrika unterstützten Kräfte angeführt. Letztlich konnte Norden davon überzeugt werden, daß der Ochoa-Prozeß eine klassisch stalinistische Säuberungsaktion war. Aber selbst angesichts der bitteren Realität, daß die Isolierung Kubas nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu einer verheerenden Aushöhlung der Errungenschaften der Revolution sowie zu einer wachsenden Verarmung und Ungleichheit geführt hatte, flaute Nordens Vernarrtheit in Castros Kuba nicht ab.

In einem Bericht über Kuba auf einer Sitzung unseres Internationalen Sekretariats im August 1993, gerade nachdem Castro eine riesige Konzession an die Kräfte der kapitalistischen Restauration gemacht hatte und den Dollar in die kubanische Wirtschaft einführte, gaben Norden und Stam-



Spartakist

**Zusammenbruch des Honecker-Regimes mündete in beginnende proletarische politische Revolution. Banner auf Berliner Demo im November 1989**

berg die Meinung der stalinoiden Anführer in Nordamerika wider, die erklären, daß „es die kubanische Revolution schon schaffen wird“. Auch wenn Marxisten für die bedingungslose militärische Verteidigung des kubanischen deformierten Arbeiterstaates gegen den US-Imperialismus eintreten, verstehen sie, daß die Kubanische Revolution nur durch den Kampf für Arbeiterrevolution in allen Teilen Amerikas und die proletarische politische Revolution gegen die nationalistische Castro-Bürokratie „gerettet“ werden kann.

Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands 1990 verwandelte sich Quantität in Qualität. Die Anziehungskraft, die Castros Kuba auf Norden ausübte, war analog zu dessen Faszination mit Erich Honeckers ostdeutschem deformierten Arbeiterstaat. Als die DDR unterging, als Vorbote des folgenden Zusammenbruchs des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates, begann die völlige politische Entgleisung Nordens.

### Vom Impressionismus zum Revisionismus

Mit dem Zusammenbruch des Honecker-Regimes und dem Fall der Berliner Mauer wurde die DDR von einer sich entwickelnden politischen Revolution überflutet. Die Impulse der ostdeutschen Massen waren nicht auf eine kapitalistische Wiedervereinigung gerichtet, sondern vielmehr auf den Aufbau einer, in ihren Augen, anständigen sozialistischen Gesellschaft auf den Fundamenten der vergesellschafteten Wirtschaft der DDR. Dies schuf eine außergewöhnlich offene Situation für eine trotzkistische Intervention. Die IKL unternahm die größte anhaltende Mobilisierung in der Geschichte unserer Tendenz, bei der wir auf die Mitglieder und andere Ressourcen aller Sektionen zurückgriffen.

Wir veröffentlichten und verteilten Zehntausende Exemplare unseres täglichen Nachrichtenblattes *Arbeiterpressekorrespondenz (Arprekorr)*, mit dem wir vor allem für die Schmiedung einer leninistischen egalitären Partei kämpften, um eine Regierung von Arbeiterräten in der DDR zu schaffen als Sprungbrett für einen vereinigten deutschen Arbeiterstaat, basierend auf der Perspektive der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Später fanden wir heraus, daß es über unseren Aufruf für Arbeiter- und Soldatenräte in den Einheiten der NVA weit verbreitete Diskussionen gab

*Fortgesetzt auf S. 25*

Den heutigen Jugendlichen wird von Vertretern aller Richtungen des politischen Spektrums erzählt, daß das Scheitern des Kommunismus eine unbestreitbare historische Tatsache sei. Nicht nur rechtsgerichtete Ideologen und Sozialdemokraten verurteilen den Marxismus und Leninismus als im besten Fall utopisch und im schlimmsten Fall durch und durch schlecht, sondern auch ehemalige Führer der stalinisierten „kommunistischen“ Bewegung.

Die stalinistische Bürokratie – die im sowjetischen Arbeiterstaat, der von wirtschaftlicher Rückständigkeit und Isolierung geprägt war, entstand, als die revolutionäre Welle nach dem Ersten Weltkrieg die Arbeiter in keinem der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder an die Macht brachte – nutzte es aus, daß ihre unterdrückerische Herrschaft fälschlicherweise mit der Autorität der bolschewistischen Revolution und Lenins Kommunistischer Internationale gleichgesetzt wurde. Die stalinistischen Usurpatoren, die Totengräber revolutionärer Möglichkeiten in der ganzen Welt, behaupteten, sie würden den „Sozialismus in einem Land“ aufbauen – ein Ding der Unmöglichkeit, wie Leo Trotzki erklärte, denn der Sozialismus existiert notwendigerweise im internationalen Maßstab. Als die sowjetische

## von Joseph Seymour

Bürokratie schließlich unter dem Druck des imperialistischen Militarismus und dem Druck des kapitalistischen Weltmarktes auf die schlecht geführte kollektivierte Wirtschaft zusammenbrach, verkündeten die Stalinisten unbekümmert und eifrig den Ideologen der triumphalistischen Bourgeoisie nachplappernd: „Der Kommunismus ist tot.“

Es ist verständlich, daß viele linke Jugendliche, die in der nachsowjetischen Periode ihr politisches Bewußtsein entwickeln, Sympathien für den Anarchismus haben, so wie sie ihn verstehen. Hier gibt es eine Doktrin und eine Reihe von Überzeugungen, die dem kapitalistischen System gegenüber als kompromißlos feindlich erscheinen, die sich als Alternative zum stalinistischen „Kommunismus“ darstellen, der erst vor so kurzer Zeit und so dramatisch zusammengebrochen ist, und deren eigener entscheidender Test durch die Geschichte – bei Schlüsselereignissen wie der Russischen Revolution 1917 und der Revolution und dem Bürgerkrieg in Spanien in den 30er Jahren – für heutige Jugendliche in einer weit zurückliegenden Vergangenheit begraben liegt. Und weil es nie eine erfolgreiche Revolution unter der Führung von Anarchisten gegeben hat, können sie behaupten, daß ihr System, anders als der Marxsche Kommunismus, nie wirklich ausprobiert worden sei.

Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts bedeutete Anarchismus ein bestimmtes Programm, das auf den Lehren von Proudhon, Bakunin, Kropotkin und anderen

# Marxismus kontra Anarchismus

## Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

### Teil 1 Die Ursprünge des Anarchismus

beruhte, deren Theorien in der Linken viel diskutiert und debattiert wurden. Aber heute sind viele aus den breitgefächerten Milieus, die Sympathien für den Anarchismus haben – zum Beispiel die deutschen und italienischen „Autonomen“ –, keine wirklichen Anhänger der Lehren von Proudhon, Bakunin oder Kropotkin.

Viele, wenn nicht sogar die meisten derjenigen, die sich Anarchisten nennen, bringen vielmehr eine charakteristische Ansammlung von hauptsächlich negativen Einstellungen zum Ausdruck: Feindseligkeit gegenüber den existierenden Regierungen und im allgemeinen gegenüber der heutigen bürgerlichen Ordnung; militante Opposition gegen die Rechten, besonders die Faschisten und andere gewalttätige Rassisten; Verachtung für parlamentari-

sche Politik, die sie mit allen Sorten von reformistischer Ausverkaufspolitik gleichsetzen; Ablehnung des marxistischen Programms der proletarischen Diktatur und der zentralisierten Wirtschaftsplanung, die sie mit stalinistischer Tyrannei gleichsetzen; Mißtrauen gegenüber allen Parteien, auch gegenüber einer leninistischen revolutionären Avantgardepartei.

Angesichts der Tatsache, daß die Massen immer weniger den proletarischen Sozialismus mit der Möglichkeit zur Befreiung der Menschheit identifizieren, hat es einen Aufschwung von Sympathien für den Anarchismus gegeben, der im Grunde genommen eine Version von radikaldemokratischer Ideologie ist. Der Anarchismus entstand Mitte des 19. Jahrhunderts als eine Form des Widerstandes gegen die Verdrängung von kleinen Warenproduzenten – Handwerkern und Bauern – durch Lohnarbeiter. Am stärksten war die Bewegung im romanischen Sprachraum von Europa, vor allem in Spanien – einem Land mit erst spät einsetzender kapitalistischer Entwicklung, wo zudem eine Reihe von brutalen Diktaturen dem parlamentarischen Reformismus wenig Möglichkeiten gab. Mit der Industrialisierung in diesem Teil Europas Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts ging aus dem Anarchismus der Syndikalismus hervor, eine Bewegung, die für die Leitung einer kollektivierten Wirtschaft durch die Gewerkschaften eintrat.

Die anarchistischen Jugendlichen von heute stehen zwar sicher nicht in der Kontinuität des klassischen Anarchismus, doch gewisse Einstellungen und Werte haben sie mit den Anhängern von Proudhon und Bakunin gemeinsam. Dazu gehören eine Gleichgültigkeit oder Feindseligkeit gegenüber dem technischen Fortschritt und den Erfordernissen einer komplexen auf der Industrie basierenden Wirtschaft. In seiner Autobiographie *Mein Leben* erzählt Leo Trotzki von seinem ersten Zusammentreffen mit einem militanten Anarchisten in einem Moskauer Gefängnis um die Jahrhundertwende: „In theoretische Diskussionen ließ er sich ungern ein. Nur einmal, als ich ihm immer wieder mit der Frage zusetzte, wie man in den autonomen Gemeinden die



Eisenbahnen verwalten würde, antwortete mir Lusin: Zu welchem Teufel werde ich unter dem Anarchismus mit der Eisenbahn zu fahren brauchen?“ Ähnliche Diskussionen kann man mit heutigen anarchistisch eingestellten Jugendlichen haben, zum Beispiel über den Öltransport über das Meer.

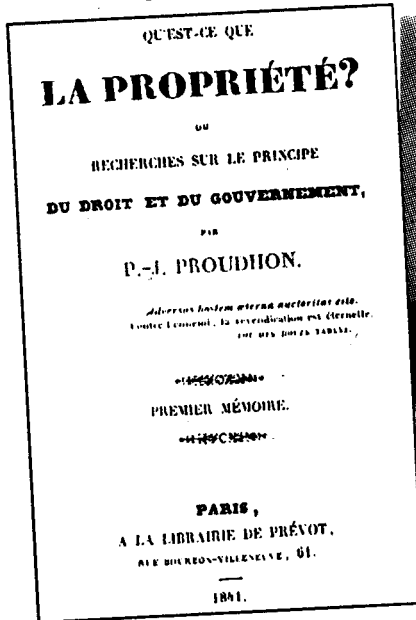
In der Ära von Proudhon und Bakunin unterschieden sich die Arbeiter und Bauern in Europa von denen in der kolonialen Welt in den wirtschaftlichen Verhältnissen viel weniger als heute. Daher war es verständlich, daß Anarchisten und frühe Sozialisten die Vorstellung hatten, man könne eine egalitäre Gesellschaft in einem nationalen oder höchstens europaweiten Kontext errichten. Heutige Jugendliche, die für Anarchismus sind, müssen sich genau bewußt sein über die schreckliche Armut in den Ländern der „Dritten Welt“, verglichen mit dem relativen Wohlstand in Westeuropa und Nordamerika. Und tatsächlich stehen viele von ihnen in vorderster Linie bei der Verteidigung von eingewanderten Arbeitern und Asylbewerbern aus diesen Ländern gegen faschistische und staatliche Angriffe.

Aber Kernelemente des Anarchismus als Wirtschaftsprogramm – extreme Dezentralisierung und technologischer Stillstand – würden nur den Abstand zwischen den imperialistischen Ländern und der neokolonialen „Dritten Welt“ verewigen. Wie könnte ein Weltsystem, das auf autonomen Kommunen basiert, jemals die Kluft zwischen dem ländlichen Mexiko und Indien auf der einen Seite und dem deutschen Ruhrgebiet oder Kaliforniens Silicon Valley auf der anderen Seite überbrücken? Nur ein weltweiter Austausch zu Bedingungen, durch die „unterentwickelte“ Nationen begünstigt werden, und zentralisierte Wirtschaftsplanung im internationalen Maßstab können den Abgrund, der die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von den USA, Westeuropa und Japan trennt, verringern und schließlich überwinden.

Die klassischen Anarchisten und die sozialistischen Tendenzen vor Marx (mit Ausnahme von Saint-Simon) hatten eine egalitäre Gesellschaft auf der Basis des damals vorherrschenden Lebensstandards vor Augen. Besonders Proudhon predigte, daß die Arbeiter nicht danach streben sollten, so zu leben wie die reichen Klassen, sondern daß sie statt dessen die spartanischen Tugenden der Askese und der Autarkie pflegen sollten. „Nun ist es eine Eigenschaft unsrer Würde“, verkündete er, „daß sie sich fremdem Beistand entziehen will ...“ (*Die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche*, 1858). Eine solche Botschaft, die im heutigen politischen Spektrum auch von der sowohl kleinbürgerlichen als auch bürgerlichen Bewegung der „Grünen“ geteilt wird, wird offensichtlich wenig Anklang finden bei den unterdrückten neokolonialen Massen, die eine sozialistische Weltrevolution brauchen, die zu einem enormen Anstieg des Energieverbrauchs und der technischen Entwicklung führt, allein schon um die Dinge verfügbar zu machen, die die

Werkträgigen in den fortgeschrittenen Ländern normalerweise für selbstverständlich halten: Elektrizität, menschenwürdige Wohnungen, Kenntnisse im Lesen und Schreiben, sauberes Wasser. In der Tat ist „Askese“ ein Programm, das der Internationale Währungsfonds und die Weltbank zynisch den Massen von Bangladesch und Südafrika predigen.

Da die Geschichte der anarchistischen Bewegung und die Ansichten ihrer führenden Köpfe selbst in der Linken so wenig bekannt sind, können die radikalisierten Jugendlichen von heute die anarchistische Tradition mit allerlei revolutionären Tugenden und hohem Idealismus ausschmücken, mit denen diese in Wirklichkeit nichts zu tun hatte. Der erste Theoretiker des Anarchismus, Pierre-Joseph Proudhon, war ein Antisemit, ein Rassist, der im amerikanischen Bürgerkrieg die Sklavenhalterstaaten des Südens unterstützte, und ein übler frauenfeindlicher Chauvinist. Diese widerlichen Anschauungen waren nicht nur eine persönliche Eigenart, sondern spiegelten die charakteristischen Vorurteile der Kleineigentümer und Kleinbauern im damaligen Frankreich wider. Michail Bakunin, der Begründer der anarchistischen Bewegung, hat



New York Public Library

**Pierre-Joseph Proudhon prägte 1840 in seiner Schrift „Was ist das Eigentum?“ als erster den Begriff „Anarchie“. Marx bezeichnete ihn später als Vertreter „spießbürgerlicher Phantasien“**

einmal an Zar Nikolaus I. appelliert, er solle die „endgültige Befreiung aller slawischen Stämme vom fremden Joch“ herbeiführen. Auch hier war dies nicht nur eine persönliche Eigenheit, sondern deckte sich mit weit verbreiteten Illusionen bei den damaligen russischen Bauern über die Gutwilligkeit „ihres“ Zaren.

Peter Kropotkin, der bedeutendste Vertreter des Anarchismus Ende des 19. Jahrhunderts, wurde im Ersten Weltkrieg ein begeisterter Unterstützer des britischen und französischen Imperialismus gegen Deutschland. Der ukrainische Anarchist Nestor Machno, der Anführer einer aus Bauern rekrutierten Armee während des Russischen Bürgerkriegs von 1918–21, führte Pogrome gegen jüdische Gemeinden durch und verbündete sich mit konterrevolutionären Armeen der Weißen gegen die Bolschewiki. Während der Spanischen Revolution Mitte der 30er Jahre wurden die anarcho-syndikalistischen Führer Minister in der Volksfront-Regierung (d. h. kapitalistischen Regierung), die einen Arbeiteraufstand in Barcelona provozierte und dann niederschlug.

Selbst diejenigen, die sich ausdrücklich mit wohlbekanntem historischen Standpunkten der anarchistischen Bewegung solidarisieren, sind oftmals wenig vertraut mit den wirklichen geschichtlichen Ereignissen. Zum Beispiel ist es eine *Conditio sine qua non* für harte Vertreter des Anarchismus, Trotzki dafür zu verurteilen, daß er 1921 die Meuterei von Kronstadt unterdrückt hat. Aber damals erkannten viele anarchistische und syndikalistische Aktivisten, die sich dem Bolschewismus anschlossen, wie Viktor Serge und Alfred Rosmer, daß ein Sieg für die „anarchistischen“ Meuterer nur zu einer blutigen kapitalistischen Konterrevolution

Fortgesetzt auf S. 18

## Anarchismus...

Fortsetzung von S. 17

gegen den belagerten sowjetischen russischen Arbeiterstaat hätte führen können.

### Anarchismus und Marxismus: Die grundlegenden Unterschiede

Es ist zwar notwendig, die Idealisierung der anarchistischen Tradition bei den radikalisierten Jugendlichen zu entlarven, doch es ist auch wichtig, das Eintreten der klassischen Anarchisten für die Freiheit des Individuums nicht mit ihrem heutigen rechten Flügel, besonders der „Libertären“, und ihrem „freien Markt“ gleichzusetzen. Proudhon und Bakunin waren keine Vorläufer von Milton Friedman und Margaret Thatcher! Ein zentrales Thema des klassischen Anarchismus war die Verurteilung des auf Besitz ausgerichteten Individualismus, den bürgerliche Ideologen von damals und heute glorifizieren. Proudhon verurteilte den „Egoismus, der sich hinter dem falschen Namen Freiheit verbirgt“. Kropotkin erklärte: „Bürgerlicher Individualismus kann nicht existieren, ohne daß die Massen unterdrückt werden.“ Die Anarchisten glaubten an eine gerechte, harmonische und *egalitäre* Gesellschaft. Der Anarchismus und sein Ableger, der Syndikalismus, waren daher Tendenzen innerhalb der Linken und der Arbeiterbewegung.

Wie könnte eine egalitäre Gesellschaft aufrechterhalten werden, wenn unabhängige Produzenten die Freiheit hätten zu tun, was sie wollen, ohne jede Koordination oder Kontrolle durch eine zentrale politische Autorität? Würde ein solches System nicht die Verhältnisse des Kapitalismus des „freien Marktes“ reproduzieren? Kein Syndikalist gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam auf den Gedanken, daß ein Kollektiv von Eisenbahnarbeitern wie ein kapitalistisches Monopol handeln und Höchstpreise aus dem Verkehrswesen herauschlagen würde. Aber was sollte sie davon abhalten?

Die Anarchisten antworteten mit einem Wort: Moral. Die klassischen Anarchisten glaubten unter Berufung auf Rousseau, daß es eine natürliche moralische Ordnung gebe, die durch die Aufspaltung in Klassen, aufrechterhalten durch einen repressiven Staat, verdorben und entwertet worden sei. Bakunin sprach von der „Idee von einer Gerechtigkeit, die dem Menschen eigen ist“. Kropotkins Zeitschrift *Freiheit* schrieb: „Wir träumen von der positiven Frei-

Michail Bakunin,  
ehemals  
panslawistischer  
Nationalist,  
gründete  
anarchistische  
Bewegung in den  
1860er Jahren



Diets Verlag

heit, die im wesentlichen mit sozialem Gefühl einhergeht; von uneingeschränkten Entfaltungsmöglichkeiten für soziale Impulse, die jetzt durch das Eigentum und seinen Wächter, das Gesetz, entstellt und eingeschränkt werden“ (zitiert in George Crowder: *Classical Anarchism* [Klassischer Anarchismus, 1991]).

Die grundlegenden Differenzen zwischen Anarchismus und Marxismus gehen über die wesentliche Frage des Staates hinaus und beinhalten auch eine unterschiedliche Auffassung vom Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft. Proudhon ging davon aus, daß „der Mensch eine konstante, unveränderliche Natur“ habe. Ähnlich behauptete Bakunin 1871: „... die Menschheit mit einem Wort ist nichts anderes als die – für uns und unsern Planeten wenigstens – letzte und oberste Entwicklung, der höchste Ausdruck der Animalität“, und er postuliert die „Solidarität, dieses alle Menschen verbindende Geselligkeitsgesetz“ (*Gesammelte Werke*, Band 1, Karin Kramer Verlag, 1975). Ebenso war Kropotkins These: „Die Natur ist der ethische Lehrer des Menschen“.

Für Marx war die Gesellschaft nicht durch die angeborenen psychologischen Eigenschaften des Homo sapiens bestimmt, sondern durch die *Selbstentwicklung der Menschheit durch die Arbeit*, die zu einem immer höheren Niveau der Produktivkräfte führt. Wie er in seiner frühen Polemik gegen Proudhon, *Das Elend der Philosophie* (1847), schrieb: „Herr Proudhon weiß nicht, daß die ganze Geschichte nur eine fortgesetzte Umwandlung der menschlichen Natur ist.“ Eine sozialistische Umwandlung – sowohl in ihren objektiven als auch in ihren subjektiven Aspekten – wird erst mit dem Entstehen einer industriellen Wirtschaft möglich, ursprünglich als Produkt der kapitalistischen Entwicklung.

Für Marxisten besteht die Geschichte der Menschheit aus dem verzweifelten Kampf, kein Sklave der „natürlichen Ordnung“ zu sein, sondern durch Arbeit die harte Welt der Natur zu beherrschen. Die frühen menschlichen Gesellschaften waren ständig vom Aussterben bedroht: Mit 20 war man alt und mit 30 normalerweise schon tot. Die ersten Fortschritte in der Produktion – die Entwicklung der Landwirtschaft und die Zähmung von Tieren – machten den Weg dafür frei, die Tyrannei der Natur zu bezwingen, und führten auch, im Kampf um die Kontrolle über den neu geschaffenen Überschuß, zur Entwicklung von Ungleichheit und Klassendifferenzierung. Nur mit der Überwindung des Mangels durch die weitere Entwicklung der Produktivkräfte kann der



Der Spiegel

**Autonome bei Straßenschlacht gegen Bullen. Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus hat Anarchismus unter radikalen Jugendlichen an Attraktivität gewonnen**

Antagonismus zwischen individuellen Eigeninteressen und kollektivem Wohlergehen in den Hintergrund treten. Und erst dann wird der Staat absterben: Wie Engels sagte, wird die Regierung über Menschen ersetzt werden durch die Verwaltung von Dingen.

Obwohl die Anarchisten sich für den Gegenpol zum Stalinismus halten, steht der Stalinismus in seinen theoretischen Annahmen tatsächlich dem Anarchismus näher als dem Marxismus. Sowohl der Anarchismus als auch der Stalinismus schreiben dem Staat eine beinahe allmächtige Fähigkeit zu, das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben zu gestalten. Sowohl Bakunin als auch Stalin behaupteten, daß Kollektivbewußtsein selbst unter den wirtschaftlichen Verhältnissen der schlimmsten Armut geschaffen werden könne, wenn erst einmal der bürgerliche Staat und das kapitalistische Eigentum abgeschafft worden seien.

Anarchismus und Stalinismus kamen sich auch in einer anderen wichtigen Hinsicht näher, und zwar buchstäblich in der spanischen Volksfront-Regierung Mitte der 30er Jahre. Trotz seiner Feindseligkeit gegenüber Autorität und der bürgerlichen Ordnung ist Anarchismus in seinem theoretischen Kern eine Doktrin der *Klassenzusammenarbeit*, nicht des Klassenkampfes. Die Reichen und Mächtigen können am „ethischen Fortschritt der Menschheit“ – um Kropotkins Formulierung zu benutzen – genauso teilnehmen wie die entrechteten und ausgebeuteten Arbeiter und Bauern. Wie Felix Morrow, ein trotzkistischer Historiker der Spanischen Revolution, damals schrieb:

„Die Klassenkollaboration liegt in der Tat im Herzen der anarchistischen Philosophie verborgen. In den Zeiten der Reaktion ist sie durch den anarchistischen Haß auf die kapitalistische Bedrückung verborgen. Aber in einer revolutionären Periode der Doppelherrschaft muß sie an die Oberfläche kommen. Denn dann bietet der Kapitalist lächelnd an, beim Aufbau der neuen Welt teilzunehmen. Und die Anarchisten, die gegen ‚alle Diktaturen‘, einschließlich der Diktatur des Proletariats, sind, werden vom Kapitalisten bloß verlangen, er solle seine kapitalistische Einstellung ablegen, dem er natürlich zustimmt, um so besser die Zerschlagung der Arbeiterklasse vorzubereiten.“ (*Revolution und Konterrevolution in Spanien*, 1938)

Marx und Engels vertraten die Auffassung, daß nach der sozialen Revolution ein Arbeiterstaat (die Diktatur des Proletariats) notwendig ist, um die enteignete Bourgeoisie zu unterdrücken, die alles daran setzen würde, um ihr Eigentum, ihre Privilegien und ihre Macht zurückzubekommen. Die Anarchisten hatten die Vorstellung, daß die ehemalige besitzende Klasse eine moralische Erneuerung durchmachen würde und zu produktiven Mitgliedern des neuen, egalitären Gesellschaftssystems werden würde. Von daher stellten sie sich eine soziale Revolution vor, die nach einigen kurzen anfänglichen Gewalttätigkeiten im wesentlichen harmonisch verlaufen würde. Diese Differenzen zwischen den Marxisten und den Anarchisten konnten nicht einfach durch Debatten und polemische Auseinandersetzungen gelöst werden. Sie konnten solange nicht geteilt werden, wie die bürgerliche Ordnung in Europa stabil blieb. Mehr noch, in der Ära vor dem Ersten Weltkrieg vernebelte die sozialdemokratische „Hauptströmung“ der angeblich „orthodoxen“ Marxisten, deren typischer Vertreter Karl

Kautsky war, die Position von Marx und Engels, daß eine proletarische Revolution den existierenden bürgerlichen Staatsapparat *zerschlagen* muß. Statt dessen hatte sie die Vorstellung, daß die Arbeiterklasse die politische Macht im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie erreichen könnte.

Erst die Erfahrung der bolschewistischen Revolution in Rußland überzeugte viele anarchistische und syndikalistische Kämpfer davon, daß die proletarische Diktatur wirklich notwendig und nicht ein Produkt der angeblich „autoritären“ Vorurteile von Marx war. Nicht so sehr der Arbeiteraufstand im Oktober 1917 ließ die anarchistische Vorstellung von einer harmonischen Umwandlung der Gesellschaft zerplatzen, sondern vielmehr der anschließende



Spartaco

Italien: Neosyndikalistische COBAS (Arbeiterbasiskomitees) an vorderster Front bei militantem Klassenkampf in nachsowjetischer Epoche

Bürgerkrieg und die militärischen Interventionen/Wirtschaftsblockaden gegen Sowjetrußland durch die imperialistischen (von Deutschland geführten) Mittelmächte, die (alliierten) Westmächte und Japan. Alfred Rosmer, ein führender französischer Syndikalist, der einer der Gründer der Kommunistischen Internationale wurde, erklärte:

„Aber die Diktatur des Proletariats, bis dahin ein Bereich der Theorie, stellte sich konkret und sogar als das dringendste praktische Problem. Man hatte ja diese Übergangsperiode, diesen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, niemals näher untersucht ... man sprang aus der kapitalistischen Gesellschaft in ein ideales aus Wunschbildern aufgebautes Gemeinwesen hinein. Selbst aktiv kämpfende Syndikalisten wie Pataud und Pouget hatten in einem Buche mit dem Titel ‚Wie wir die Revolution machen werden‘ keinen präzisen Beitrag zum Problem der Übergangsperiode geleistet, obwohl sie dazu gerade durch den Titel ihres Werkes verpflichtet waren: ein kurzer Generalstreik; das Regime stürzt zusammen ... und nach einigen unruhigen Tagen und einem Minimum an Gewalt schritten die Syndikalisten friedlich zum Aufbau der neuen Gesellschaft. Alles verblieb damit im Bereich der Märchenerzählungen. In Moskau standen wir 1920 vor der Realität.“ (*Moskau zu Lenins Zeiten*, 1989)

Rosmers politische Entwicklung war keineswegs außergewöhnlich. Die bolschewistische Revolution zog eine grundlegende Neuausrichtung und Umgruppierung der internationalen Linken nach sich, die bereits mit dem Aus-

Fortgesetzt auf S. 20

## Anarchismus...

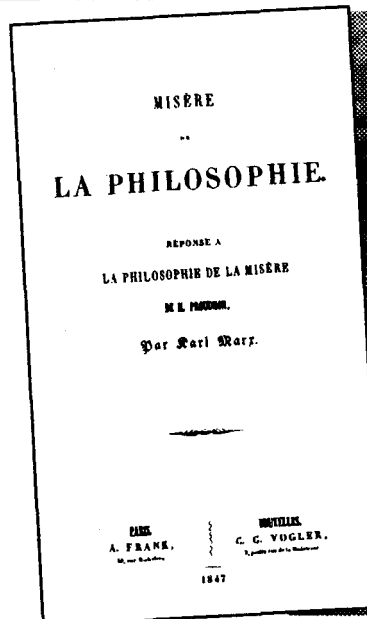
Fortsetzung von S. 19

bruch des Ersten Weltkriegs 1914 begonnen hatte. Der Krieg hatte eine tiefe und unwiderrufliche *Spaltung* in den anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen zur Folge, genauso wie in der sozialistischen Bewegung, wobei der rechte Flügel beider Strömungen sozialchauvinistisch wurde, um somit die „eigenen“ imperialistischen Staaten zu unterstützen. Kropotkin, der inzwischen für das „demokratische“ Britannien und Frankreich eintrat, wurde nun von seinem langjährigen Mitstreiter Errico Malatesta als ein „Regierungsanarchist“ gebrandmarkt. Léon Jouhaux, Chef der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, schloß sich der „union sacrée“ (der heiligen Union) zur Verteidigung des französischen bürgerlichen Staates an, genauso wie der „orthodoxe“ marxistische Führer Jules Guesde.

Zur gleichen Zeit arbeiteten die revolutionären Syndikalisten Rosmer und Pierre Monatte eng mit dem russischen revolutionären Marxisten Trotzki zusammen, der damals in Frankreich im Exil lebte, um die Zimmerwalder Antikriegsbewegung aufzubauen, in deren linken Flügel sich die Kommunistische Internationale (Komintern) ankündigte. Indem Lenin den wirklich revolutionären und befreienden Inhalt des Marxismus wiederherstellte und modernisierte, konnte er die besten anarchistischen und syndikalistischen Kämpfer für das Banner des Kommunismus gewinnen. Infolgedessen begann die anarchistische Bewegung, mit einigen wichtigen Ausnahmen wie in Spanien, tendenziell zu verschwinden – der rechte Flügel hatte sich als chauvinistisch entlarvt, der linke Flügel war seiner vitalsten Elemente beraubt, die sich in Richtung Komintern abgespalten hatten. Aber nach jahrzehntelangem Verrat durch stalinistische und sozialdemokratische Reformisten hat der Anarchismus bei antikapitalistischen Jugendlichen wieder eine gewisse Anhängerschaft gewonnen. Mit diesem Wiederaufleben von Sympathien für den Anarchismus wird es wieder nützlich, die Geschichte der anarchistischen Bewegung von ihren Anfängen Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu ihrem Verschwinden im Anschluß an die bolschewistische Revolution kritisch zu untersuchen.

### Proudhonismus: Eine kleinbürgerliche Utopie

Mehr als bei den meisten andern Gesellschaftstheoretikern sind die Lehren von Pierre-Joseph Proudhon – der



Dietz Verlag

In der Polemik *Das Elend der Philosophie* von 1847 verurteilte Karl Marx Proudhons Opposition zu Arbeiterkämpfen. Nur proletarische Revolution kann eine gerechte Gesellschaft erkämpfen

1840 als erster den Begriff „Anarchie“ prägte – direkt und offensichtlich von seinen persönlichen Erfahrungen beeinflusst worden. Proudhon wurde im ländlichen Jura im Osten Frankreichs geboren. Sein Vater war ein Bierbrauer und Böttcher (Faßbinder) von ungewöhnlich ehrlichem und aufrechten Charakter. Als diese Region gegen Ende der Napoleonischen Kriege belagert wurde, nutzten die meisten Brauer die Gelegenheit, ihre Preise zu erhöhen. Nicht so Claude-François Proudhon: „Er rechnete seine Kosten zusammen, fügte *soviele* für seine Arbeit hinzu, und sagte: das ist mein Preis“ (*Die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche*, 1858). Diese Formel sollte zu einem Schlüsselement in Proudhons Wirtschaftsprogramm werden, das er Mutualismus (ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Tausch- und Kreditsystem) nannte.

Weil der junge Pierre-Joseph sowohl hochintelligent als auch stark religiös war, sorgte ein örtlicher Priester dafür, daß er in der besten Schule des Distrikts aufgenommen wurde. Seine Klassenkameraden waren die Söhne der Bourgeoisie und des Landadels. Nach seinem Schulabschluß jedoch landete Proudhon wieder in der Arbeiterklasse. Er wurde ein Drucker und mußte als solcher die Unsicherheit und die Perioden krasser Armut durchmachen, die typisch waren für europäische Handwerker seiner Zeit. Dem jungen Proudhon gelang es einmal, genügend Geld zusammenzukratzen, um Partner einer kleinen Druckerei zu werden. Aber sein Partner war verantwortungslos und ruinierte das Geschäft, bevor er Selbstmord beging. Da Proudhon nur Schulden blieben, die er nicht bezahlen konnte, mußte er seinen Laden verkaufen und wieder für wohlhabendere, erfolgreichere Verleger arbeiten.

Diese Erfahrungen liegen Proudhons Weltsicht zugrunde, wie der britische Gelehrte Stewart Edwards in einer Einleitung zu dessen *Selected Writings* (Ausgewählte Werke, 1969) feststellte:

„Im Mittelpunkt aller Schriften von Proudhon zu sozialen Fragen steht diese Sorge um den Kleinentümer. Seine Vorschläge für eine Reform des Geldes, seine Idee einer Agrarbank, seine Pläne für gegenseitige Versicherungen, all das spiegelte die Ideale der Kleinbourgeoisie wider, ihre permanente Beschäftigung damit, Kredite zu bekommen, und ihren Neid auf die Großkapitalisten.“

### Veranstaltung der Spartakist-Jugend an der Humboldt-Universität Berlin

#### Die kommunistische Strategie für die Studentenproteste

Donnerstag, 24. Oktober 1996, 19.00 Uhr  
Humboldt - Universität Berlin

Raumnummer und weitere Informationen telefonisch  
zu erfragen unter Tel. (0 30) 4 43 94 00

Proudhon selber faßte sein Programm so zusammen: „Wenn alle Menschen Eigentümer sind, sind die Chancen gleich und es gibt Arbeit für jeden.“ Diese Vision war für viele Arbeiter attraktiv, denn Frankreich war im Grunde genommen immer noch eine vorindustrielle Gesellschaft. Die überwältigende Mehrheit der Lohnarbeiter waren die Kinder von Bauern, Ladenbesitzern oder selbständigen Handwerkern. Viele hatten früher, wie Proudhon, selbst ein kleines Geschäft gehabt, das durch zunehmende Schulden in den Bankrott getrieben worden war.

Proudhon schrieb der menschlichen Natur die Psychologie eines Kleinbauern oder eines selbständigen Handwerkers zu. „Der Mensch“, proklamierte er, „will arbeiten an dem, was ihm beliebt, wann es ihm beliebt, soviel es ihm beliebt...“ (*Was ist das Eigentum?*, 1840). Aber wie können Arbeiter in einer Stahlhütte, in einem Elektrizitätswerk oder bei der Eisenbahn darüber bestimmen, was, wann und wieviel sie arbeiten wollen? Die industrielle Technologie verlangt die strikte Koordinierung vieler verschiedener Arten von Arbeit. Wie Engels in seiner klassischen anti-anarchistischen Polemik „Von der Autorität“ (1873) erklärt hat:

„Nehmen wir als Beispiel eine Baumwollspinnerei. Die Baumwolle muß mindestens sechs aufeinanderfolgende Operationen durchlaufen, bevor sie die Gestalt des Fadens annimmt, Operationen, die – zum größten Teil – in verschiedenen Sälen vor sich gehen. Außerdem braucht man, um die Maschinen in Gang zu halten, einen Ingenieur, der die Dampfmaschine überwacht, Mechaniker für die laufenden Reparaturen und viele ungelernete Arbeiter, die die Produkte von einem Saal in den anderen zu schaffen haben etc. Alle diese Arbeiter, Männer, Frauen und Kinder, sind gezwungen, ihre Arbeit zu einer Stunde zu beginnen und zu beenden, die von der Autorität des Dampfs festgesetzt ist, der sich keinen Deut um die individuelle Autonomie kümmert... Die Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen; die Dampfspinnerei vernichten, um zum Spinnrad zurückzukehren.“

Dies war im wesentlichen das Programm von Proudhons Mutualismus: „Dort, wo es perfekten Mutualismus gibt, muß jeder Produzent dadurch, daß er anderen gegenüber eine gewisse Verpflichtung übernimmt, wobei diese sich ihrerseits ihm gegenüber genauso verpflichten, seine vollständige und umfassende Unabhängigkeit der Aktion erhalten“ (*The Political Capacity of the Working Class* [Die politischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse, 1865]). Ein grundlegendes ökonomisches Prinzip des Mutualismus besteht darin, daß Güter auf der Basis von gleichem Arbeitsaufwand ausgetauscht werden: „Für alle Produkte wird man mit Produkten bezahlen, die vom Aufwand und von den Ausgaben her das Gleiche gekostet haben.“

Ein solches System setzt eine *statische Technologie* voraus, die allen Produzenten zur Verfügung steht. Nehmen wir an, daß eine kleine Anzahl von Schuhmachern neue Maschinen einführt, wodurch die Zeit, die man braucht, um Schuhe herzustellen, um ein Drittel reduziert wird. Wenn sie dementsprechend den Tauschwert ihrer Schuhe um ein Drittel reduzieren, dann müssen alle anderen Schuhmacher unter ihren eigenen Arbeitskosten verkaufen, weil sonst niemand ihre Schuhe kaufen würde. Wenn aber die effizienteren Produzenten den alten Tauschwert der Schuhe beibehalten, dann verkaufen sie über ihren Arbeitskosten und machen dadurch einen Profit. So oder so stehen die Prinzipien von Proudhons Mutualismus in krassem Gegensatz zum technischen Fortschritt. Was wird aber wirklich passieren? Werden die Produzenten sich dem „Mutualismus“ verschreiben und auf technischen Fortschritt verzichten?

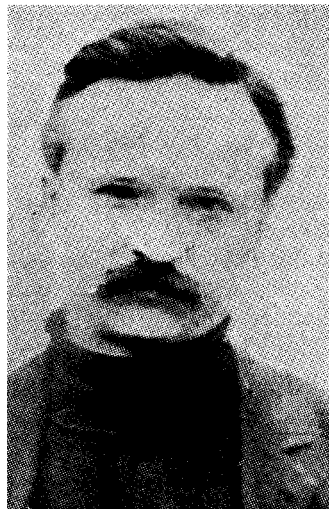
Wohl kaum: Die Effizienteren werden einfach die weniger Effizienten aus dem Geschäft werfen.

### Proudhon gegen Klassenkampf

Proudhons erste Schrift, *Was ist das Eigentum?*, geschrieben 1840, war eine machtvolle, wenn auch etwas abstrakte Verurteilung der kapitalistischen Ausbeutung. Es gab nur wenige Erläuterungen zu seinem eigenen positiven Programm, zweifellos weil es noch nicht vollständig entwickelt war. Folglich wurde *Was ist das Eigentum?* von beinahe allen damaligen Sozialisten geschätzt, auch vom jungen Karl Marx. Als Marx 1844/45 in Paris war, knüpfte er freundschaftliche Beziehungen zu Proudhon und behauptete später, daß er den französischen Radikalen mit der Philosophie von Hegel bekanntgemacht habe. Proudhons Ansichten waren jedoch schon zu sehr entwickelt und zu weit entfernt, als daß sie von dem zukünftigen Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus hätten beeinflusst werden können.

1846 lud Marx, der damals in Brüssel war, nachdem man ihn aus Frankreich ausgewiesen hatte, Proudhon dazu ein, Teilnehmer eines internationalen sozialistischen Korrespondenz-Komitees zu werden. Als Antwort darauf brach Proudhon praktisch die Beziehungen zu Marx ab, in erster Linie weil er gegen den revolutionären Sturz der monarchischen Regierungen Frankreichs, Preußens und anderer europäischer Länder war, worin Marx eine notwendige Vorbedingung für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft sah. Proudhon schrieb:

„Vielleicht sind Sie noch der Ansicht, daß keine Reform gegenwärtig möglich ist ohne einen Handstreich, ohne



Musée Social



Musée Social

**Unter Einfluß des Ersten Weltkriegs und der sozialistischen Revolution wurden französische Linkssyndikalisten Pierre Monatte (links) und Alfred Rosmer zum Marxismus gewonnen und gehörten zu den Gründern der Kommunistischen Internationale**

das, was man ehemals eine Revolution nannte, und was weiter nichts ist, als eine Erschütterung (*secousse*). ... ich gestehe Ihnen, daß meine letzten Studien mich vollständig von ihr abkommen ließen... Ich stelle mir das Problem so: Die Reichtümer durch eine ökonomische Kombination in die Gesellschaft zurückfließen lassen, welche der Gesellschaft durch eine andere Kombination entnommen werden. Mit anderen Worten: es gilt in der politischen Ökonomie die Theorie des Eigentums gegen das Eigentum zu kehren, derart, um das zu erzeugen, was Sie, die deutschen Sozialisten, Gütergemeinschaft  
Fortgesetzt auf S. 22

## Anarchismus...

Fortsetzung von S. 21

nennen“ (,Brief an Marx“, 17. Mai 1846, in: P.-J. Proudhon, *Leben und Werke*, von Arthur Mülberger, 1979)

Was meinte Proudhon konkret, wenn er davon sprach, Eigentum gegen Eigentum zu benutzen? Er trat für eine „Volksbank“ ein, die „unentgeltliche“ (zinslose) Kredite an jeden Arbeiter geben sollte, der ein eigenes Geschäft aufmachen will. Das Anfangskapital der Bank sollte aus Steuern von den reicheren Klassen kommen. Er appellierte sogar einmal an Louis Napoleon – den damaligen Präsidenten, der kurz darauf Kaiser von Frankreich wurde –, eine „Volksbank“ zu gründen. Wie Marx in bezug auf Proudhon schrieb: „Aber das *zinstragende Kapital* als die *Hauptform des Kapitals* betrachten, aber eine besondere Anwendung des Kreditwesens, angebliche Abschaffung des Zinses, zur Basis der Gesellschaftsumgestaltung machen wollen, ist eine durchaus *spießbürgerliche Phantasie*“ („Über P.-J. Proudhon“, Januar 1865, Hervorhebung im Original). Aber solange die Großindustrie in Frankreich noch nicht vorherrschend war, waren diese Phantasien für viele Arbeiter attraktiv, denn es war nur ein relativ bescheidener Kapitalbetrag notwendig, um einen kleinen Bauernhof oder eine Werkstatt zu kaufen und zu betreiben.

Zum wirklichen Beginn der industriellen Revolution in Frankreich kam es während des Zweiten Kaiserreichs von Louis Napoleon in den 1850er und 1860er Jahren. Die teilweise Liberalisierung des bonapartistischen Regimes Anfang der 1860er Jahre ließ in Frankreich auch die Entwicklung von Gewerkschaften eines mehr oder weniger modernen Typs zu. Proudhon stand dem Entstehen einer wirklichen Arbeiterbewegung feindselig gegenüber. Sein letztes Werk, *Die politischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse*, das erst nach seinem Tod veröffentlicht wurde, ist in großem Maße ein Angriff auf die neue Gewerkschaftsbewegung: „Wir werden bald nichts mehr hören von Vereinigung, Mutualismus und Fortschritt, wenn es den Arbeitern, dem Beispiel der großen Monopolisten folgend, gelingt, den freien Wettbewerb durch Erpressung zu ersetzen.“

Wie viele Frühsozialisten glaubte Proudhon an das sogenannte „eherne Lohngesetz“: daß auf jeden Anstieg der Geldlöhne immer ein entsprechender Anstieg der Preise schnell folgen würde. Deshalb lehnte er Streiks ab – alle Streiks –, weil sie nichts bringen oder den Interessen der Werktätigen sogar schaden würden:

„Unter Androhung von Streiks haben einige von ihnen

[Gewerkschafter], sogar die Mehrheit, eine Erhöhung der Löhne gefordert, andere haben eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, und noch andere beides gleichzeitig. Sicher haben sie immer gewußt, daß Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen nur zu einer allgemeinen Preissteigerung führen können.“

Fast 20 Jahre früher hatte Marx das „eherne Lohngesetz“ im *Elend der Philosophie* entkräftet und widerlegt. Seine am weitesten entwickelte wissenschaftliche Erklärung dafür, wie gewerkschaftliche Aktivitäten unter bestimmten Umständen die Ausbeutungsrate senken und die Reallöhne erhöhen können, findet man in *Lohn, Preis und Profit* (1867).

Proudhons Auffassung, daß der Arbeiterklasse Gewerkschaften und Streiks nichts nützen können und vielleicht sogar schaden würden, war seinerzeit bei den Sozialisten weit verbreitet. Aber seine Position zur Frauenfrage war einzigartig reaktionär und wurde deshalb von Freunden und Mitstreitern in der Linken kritisiert, ganz zu schweigen von Gegnern wie der prominenten Sozialistin und Schriftstellerin George Sand. Der theoretische Begründer des Anarchismus war ein schamloser frauenfeindlicher Chauvinist: „Warum soll es eine Frau empören, daß wir Männer finden, sie wisse genug, wenn sie uns die Hemden stärkt und das Essen kocht? Ich auf jeden Fall bin einer jener Männer“ (Proudhon, *Von der Anarchie zur Pornokratie*). Selbst Hyams, ein moderner Biograph mit Sympathien für Proudhon, gibt zu: „Jede anti-liberale, jede grausam reaktionäre Bemerkung, die von den extremsten Antifeministen jemals gegen die Frauenemanzipation benutzt worden ist, kann man in Proudhons ‚Pornokratie‘ finden.“

Aufgrund seiner extrem puritanischen Lebenseinstellung war Proudhon entsetzt über die Vorstellung, daß Frauen sexuelle Freiheit und Befriedigung erreichen:

„Was die Gleichheit in bezug auf die Sinne betrifft, so folgen daraus unvermeidlich freie Liebe, Verdammung der Ehe, Verdammung der Weiblichkeit, die Eifersucht und der heimliche Haß auf die Männer und, um dem System die Krone aufzusetzen, unauslöschliche Wollust; so sieht unabänderlich die Philosophie der emanzipierten Frau aus.“

So sahen die Ansichten eines Mannes aus, der oft als ein Apostel des „antiautoritären“ auf individueller Freiheit basierenden Sozialismus, im Gegensatz zu Marx, hochgehalten wird.

*Dieser Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 640, 1. März 1996, und gehört zu einer siebenteiligen Serie, die in den folgenden Ausgaben fortgesetzt wird.*

## Chicago...

Fortsetzung von S. 9

Administration – die Demokratische Partei, angeführt von Bürgermeister Richard Daley Jr. – ebnete den Weg für die Klan-Provokation, indem sie heimlich den Marschplänen zustimmte, während die Massenmedien alle Nachrichten über diese Sache unterdrückten. Skandalöserweise haben sich sogar große schwarze Radiostationen geweigert, Appelle gegen den Klan zu senden. Da Chicago sich darauf vorbereitet, in diesem Sommer Gastgeber für die Konferenz der Demokratischen Partei zu sein, fürchtet das politische Establishment eine massive militante Mobilisierung der vielen potentiellen Opfer des Klans.

In einer Gewerkschaftsstadt wie Chicago, mit seiner riesigen schwarzen und hispanischen Bevölkerung, hätten Tausende auf der Straße sein sollen, um die Klan-Bedrohung abzuwehren. Wie die Geschichte des Südens mit seinen nicht gewerkschaftlich organisierten Betrieben zeigt, geht

der Klan-Terror Hand in Hand mit der Zerschlagung von Gewerkschaften. Das Fehlen einer massiven Antwort auf den KKK heute in Chicago kann direkt den jetzigen Irreführern der Arbeiterbewegung angerechnet werden, die völlig an die Maschinerie der Demokratischen Partei gefesselt sind, und dem Demagogen Louis Farrakhan, der das Katzengold des ‚schwarzen Kapitalismus‘ predigt und das Spiegelbild des rassistischen Separatismus des Klans darstellt. Das ist selbstmörderisch für die unterdrückten schwarzen Massen!“

Das Partisan Defense Committee ruft alle Gewerkschaften, Organisationen der schwarzen Gemeinschaften und alle Gegner des Rassismus auf, das Fallenlassen aller Anklagen gegen die Anti-Klan-Demonstranten zu fordern. Schickt Erklärungen an: Jack O'Malley, State's Attorney of Cook County, Richard J. Daley Center, 55 W. Randolph St., Chicago, IL 60602.

Für weitere Informationen kontaktiert das Komitee für soziale Verteidigung, c/o Werner Brand, Postfach 210750, 10127 Berlin, Tel. (030) 4439401. ■

## Luta Metalúrgica...

Fortsetzung von S. 12

und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen* Klassen. Deshalb darf man auf die Frage: Was ist zu tun, um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln? – nicht allein die Antwort geben, mit der sich in den meisten Fällen die Praktiker begnügen – von den Praktikern, die zum ‚Ökonomismus‘ neigen, ganz zu schweigen –, nämlich die Antwort: ‚Zu den Arbeitern gehen‘. Um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln, müssen die Sozialdemokraten *in alle Klassen der Bevölkerung gehen*, müssen sie die Abteilungen ihrer Armee *in alle Richtungen* aussenden.“

Die hartnäckige Gewerkschaftsbeschränktheit von LM ist ein *Hohn* auf den Leninismus. Eine Fraktion kommunistischer Arbeiter in den Gewerkschaften kann die Partei und ihre Propaganda nicht ersetzen. Die Kommunistische Internationale hat für eine Arbeitsteilung zwischen Gewerkschafts- und Parteiformationen wichtige politische Gründe aufgeführt. Während Kommunisten um die Führung in den Gewerkschaften kämpfen, versuchen sie, die größtmögliche Einheit der Arbeiterklasse gegen die kapitalistischen Ausbeuter herzustellen. Doch die Aufgabe der kommunistischen Avantgarde besteht darin, die Differenzen zwischen den rivalisierenden politischen Tendenzen klar herauszustellen, damit die Arbeiter kommunistisches Bewußtsein erlangen und um die Kader durch Spaltungen und Umgruppierungen in einer leninistischen Partei zu sammeln, deren Zweck es ist, die Arbeiter zur Staatsmacht zu führen. Wie ein IKL-Genosse in einer Diskussion mit Luta Metalúrgica zusammenfaßte: „Profintern=Einheit, Komintern=Spaltung“. (Die Profintern war die Rote Internationale der Arbeitergewerkschaften, die mit der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki verbunden war.)

Statt dessen nimmt LM an den opportunistischen Praktiken der brasilianischen vorgeblichen „Linken“ teil, in der typischerweise jeder seine Stärke in der Anzahl der Gewerkschaften mißt, die er kontrolliert. So wird das politische Programm im Dienste des Gewerkschaftsopportunismus abgestumpft, und die Einheit der Gewerkschaft als einer Klassenverteidigungsorganisation wird durch sektiererische Manöver gefährdet, in denen die Arbeiterschaft in miteinander konkurrierende Gewerkschaftsformationen aufgeteilt ist, die von verschiedenen politischen Parteien kontrolliert werden. Wie Trotzki in „Kommunismus und Syndikalismus“ (Oktober 1929) schrieb: „Die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Partei, die das Proletariat in seiner zukünftigen Form repräsentiert, und den Gewerkschaften, die das Proletariat repräsentieren, wie es ist, bildet die grundlegendste Frage des revolutionären Marxismus.“

Die LM-Gruppe trägt ihre Erfahrungen, die sie in zentristischer Politik und bei Gewerkschaftsmanövern gemacht hat, als Gepäck mit sich herum. Während der Zeit der brüderlichen Beziehungen stieß LM in der IKL auf etwas, worauf sie durch ihre vorhergehende politische Erfahrung nicht vorbereitet werden konnte. Für die IKL ist ein politisches Programm keine sozialistische Tarnung oder eine Abstraktion, die in der Praxis hintergangen werden kann, sondern in allen Lebensbereichen eine Anleitung zu kommunistischem Handeln.

### Für revolutionäre Umgruppierung, gegen zentristisches Versöhnertum

Die Auflösung der brüderlichen Beziehungen zu Luta Metalúrgica ist auch eine politische Konsequenz der Abwendung unserer ehemaligen Genossen Norden und Negrete vom Trotzismus (siehe Artikel auf Seite 13). Bedauerli-

cherweise für LM waren es genau diese Genossen, die über einen langen Zeitraum die Verbindung der IKL zu LM darstellten. Als Genossen, die die IKL besser repräsentierten, durch geduldige Weiterführung der politischen Diskussion und durch gemeinsame Arbeit vor Ort Fortschritte in den brüderlichen Beziehungen erzielten, kapitulierten Norden und Negrete vor der bisherigen Haltung von LM und versuchten, die IKL-Intervention an entscheidenden Wendepunkten abzustumpfen.

Aber der wirkliche Schaden, den Norden und Negrete LM zufügten, rührte vom Beginn der brüderlichen Beziehungen her. Unsere internationale Tendenz ist durch Spaltungen und Fusionen mit anderen sich nach links bewegenden Formationen aufgebaut worden. Das ist der Grund, warum Lenins Bolschewiki für uns Vorbild sind und wir den Polemiken so viel Aufmerksamkeit widmen. Denn wir versuchen, jene subjektiv revolutionären Kämpfer zu gewinnen, die Mitglied bei unseren vorgeblich trotzkistischen Konkurrenten sind oder sich in deren Umfeld bewegen. Wesentliche programmatische Übereinstimmung, die in der Praxis durch exemplarische Interventionen und durch Teilnahme an Massenkämpfen erprobt wurde, energische interne Diskussionen, gründliche Kaderausbildung: Dies sind die Methoden des bolschewistischen Parteaufbaus.

Im Gegensatz dazu hatte die Herangehensweise an Luta Metalúrgica, als Norden und Negrete unsere Parteiarbeit in Lateinamerika anleiteten, mehr mit schmierigen bürgerlichen Diplomaten gemeinsam als mit leninistischen Internationalisten. Negrete und Norden, die beide sowohl besessene Egozentriker sind als auch eine flinke Feder haben, gaben später beide zu, daß sie die Erklärung der brüderlichen Beziehungen selbst geschrieben hatten! Dieses Dokument unterstellte und beschrieb eine breite, tiefgehende und synthetische programmatische Übereinstimmung, die einfach nicht existiert hat. Darüber hinaus wurden brüderliche Beziehungen eindeutig nicht als ein bedeutender Prozeß gesehen, in dessen Verlauf eine wirkliche Umwandlung und die Herauskristallisierung einer leninistisch-trotzkistischen Avantgarde erreicht werden soll, sondern vielmehr als „Trotzkismus der schnellen Presseerklärungen“ zur externen Verwendung. Die Erklärung wurde sofort in Druck gegeben, noch bevor das Internationale Exekutivkomitee darüber diskutiert oder abgestimmt hatte!

Unsere Beziehungen zu LM standen in dieser Hinsicht in scharfem Kontrast zu unseren Beziehungen zur japanischen Recken-Gruppe. Die Übereinkunft aus dem Jahr 1986, mit der brüderliche Beziehungen aufgenommen wurden, war ein bescheidenes Dokument, das sich auf die Parteifrage konzentrierte, was bestimmte konkrete Aufgaben beinhaltete, wie z. B. die Übersetzung von ausgewählten grundlegenden Dokumenten unserer Tendenz ins Japanische. Dieses Dokument wurde der Öffentlichkeit erst ein Jahr später bekanntgegeben (siehe *Spartacist*, englische Ausgabe Nr. 42, Winter 1987/88), nachdem eine Periode der Prüfung gezeigt hatte, daß die Übereinkunft Bestand hatte.

Auf dem Weg zu einer gesunden Fusion lassen die Gruppen, die fusionieren wollen, normalerweise ihre Deckung fallen, werden ehrlicher und gehen im allgemeinen offener miteinander um, weil ihr gemeinsames politisches Ziel ihre separaten organisatorischen Strukturen zunehmend überflüssig macht. Negrete und Norden hielten LM von den internen Diskussionen in der IKL isoliert, besonders und passenderweise in bezug auf die Auseinandersetzungen mit Norden über Deutschland. In einem Versuch, den aufrichtigen Umgang miteinander zu fördern und LM anzuspornen, bolschewistische Organisationsnormen einzuführen, die bei ihnen gänzlich fehlten, schlugen wir einen Austausch interner Protokolle unserer führenden Parteigremien vor. Aber

Fortgesetzt auf S. 24

## Luta Metalúrgica...

Fortsetzung von S. 23

die Entstehung eines internen Differenzierungsprozesses in der Gruppe, verbunden mit der politischen Opposition der Personen, die in der Vergangenheit die Hauptverbindung von LM zur IKL waren, sowie der wachsende Konflikt zwischen den erklärten Zielen von LM und ihrer konkreten Arbeit hatten einen organisatorischen Abwehrreflex zur Folge. Der Austausch interner Dokumente wurde von der LM-Gruppe abgelehnt, und sie machte ganz klar, daß sie ihren opportunistischen Kurs in den Gewerkschaften beibehalten werde.

Als eine Gruppe, die hauptsächlich aus fortgeschrittenen Arbeitern und politischen Autodidakten besteht und die in erster Linie durch eine erprobte Opposition zur Volksfront auf ihrem eigenen nationalen Terrain definiert war, sowie als frühere Führer von Arbeitermassenorganisationen auf lokaler Ebene war es subjektiv und begrifflich für LM sehr schwierig, sich selbst in eine Propagandagruppe zu verwandeln. Im günstigsten Fall wäre ein beträchtlicher Zeitraum nötig, bis unsere Arbeitsmethoden als kämpfende trotzkistische Propagandagruppe aufgenommen würden. Wir hatten das Gefühl, daß diese Gruppe das *Potential* hatte, einen Kaderstamm von kommunistischen Arbeitern zu schmieden, und das ist etwas, was es nur wenige Male in der Geschichte der trotzkistischen Bewegung gegeben hat, wie z. B. mit den belgischen Bergarbeitern oder den LKW-Fahrern der Teamsters aus Minneapolis in den 30er Jahren. So schrieben wir im März an LM:

„Lenins bolschewistische Partei wurde durch eine Fusion von ‚deklassierten‘ Intellektuellen mit den fortgeschrittensten Schichten des Proletariats aufgebaut. Die Verfahrensweise der verschiedenen zentristischen Organisationen in Brasilien, und nicht nur dort, ist die Antithese des Leninismus. Sie haben Zweiklassen-Parteien, in denen eine Schicht von kleinbürgerlichen Intellektuellen, die sich als ‚große Denker‘ hinstellen, die Mitglieder aus der Arbeiterklasse herukommandieren. Das ist einfach eine Widerspiegelung ihrer opportunistischen Politik, die nicht darauf aus ist, das Bewußtsein des Proletariats zu fördern, sondern sich auf Rückständigkeit und auf den Einfluß ihrer ‚eigenen‘ Bourgeoisie einstellt. *Ihr Genossen* müßt der Kern einer trotzkistischen Partei in Brasilien werden. Unser Wunsch ist es, Euch bei dieser politischen Transformation zu helfen.“

### Das politische Programm kommt zuerst

Dies ist eine reaktionäre politische Periode, aber eine Periode, die dennoch für kommunistische Interventionen und für das Wachstum unserer Partei Gelegenheiten bietet, die allerdings ungleichmäßig über die Welt verteilt sind. Brasilien ist eines der Länder, wo es unter den Arbeitern wie auch unter den Studenten stark gärt, und die Tatsache, daß wir für den Klassenkampf gegen rassistische Unterdrückung und für den Aufbau einer Partei als leninistischem Volkstribun eintreten, hat eine enorme Anziehungskraft. Jedoch ist es eine Periode, in der der Zusammenbruch der Sowjetunion die Identifizierung der Klasseninteressen mit den Idealen des Sozialismus weltweit auf einen Tiefstand gebracht hat. Ziemlich einzigartig in der Linken, schwimmt die IKL gegen den Strom und besteht darauf, daß der revolutionäre Marxismus seine Gültigkeit als aktuelles Kampfprogramm behalten hat.

Bezeichnend für den unzulänglichen Charakter der Erklärung der brüderlichen Beziehungen war das Versäumnis, die *permanente Revolution* auch nur zu erwähnen (bis auf eine Pro-forma-Anmerkung). Für Marxisten in Lateinamerika ist dies aber die Schlüsselfrage! Ohne eine Vorstellung

von der zentralen Rolle des Proletariats und der Notwendigkeit einer leninistischen Avantgarde, um die Arbeiter als Befreier aller Unterdrückten in der Gesellschaft an die Staatsmacht zu bringen, werden die Arbeiter dazu verdammt sein, den Kreislauf von „antiimperialistischen Einheitsfronten“ – d. h. Volksfrontblöcken mit ihrer eigenen Bourgeoisie (natürlich mit viel Rhetorik gegen den Yankee-Imperialismus getarnt) – und von Militärputschen und ungehemmtem Polizeistaatsterror immer wieder zu wiederholen.

Bezüglich des Vorrangs eines korrekten politischen Programms schrieb die IKL am 11. Juni in ihrem Brief an Luta Metalúrgica:

„Auch die bolschewistische Partei ist auf ihrem Weg auf viele Steine gestoßen, auch innerhalb der Partei selbst, und Lenins Schriften sind mit dringlichen Polemiken gefüllt, die die Hindernisse für die Revolution beseitigen sollten, die oft auch mitten im Zentralkomitee der bolschewistischen Partei auftauchten. Um zu dem Punkt zurückzukehren, daß es die Aufgabe von revolutionären Marxisten ist, ein Programm zu haben, das den Weg zu einer proletarischen Revolution aufzeigt: Es ist interessant zu sehen, daß die Bolschewiki es bis zur Oktoberrevolution 1917 gerade mal so geschafft haben. Die Bolschewiki stolperten in die Februarrevolution 1917 mit einem Programm, das für den Oktober nicht angemessen war. Gemeint ist das bolschewistische Konzept für die anstehende Russische Revolution, die irrierte Theorie der Zweiklassenherrschaft, ausgedrückt in ihrem Programm für eine ‚demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft‘.

Die Partei, geführt von Lenin und unterstützt vom dem radikaleren Petrograder Komitee, überwand in halbempirischer Weise die Beschränkungen dieser ‚demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft‘, weil ihr politisches Verlangen eindeutig auf die proletarische Macht ausgerichtet war, und dafür kämpften sie trotz der theoretischen Vieldeutigkeit. Tatsächlich haben die Bolschewiki Trotzki richtige und entscheidende Theorie der permanenten Revolution niemals angenommen. Dieses theoretische Versagen und das Versagen, die ‚demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft‘ explizit zurückzuweisen, wurde dann zu einer Richtschnur der Kräfte, die sich später als bolschewistische ‚alte Garde‘ (d. h. Stalin) in Pose warfen, um Trotzki, die Theorie der permanenten Revolution, die revolutionären internationalistischen Voraussetzungen und die Bedeutung der bolschewistischen Revolution selbst anzugreifen. Etwa fünfzig Jahre später, nach der endgültigen Kapitulation der stalinistischen Bürokratie gegenüber dem Imperialismus durch die Aufgabe der proletarischen Staatsmacht, kann man verbittert feststellen, welch enormes Hindernis dieser programmatische Fehler über die Zeit geworden ist.“

Wir haben keinen Lenin oder Trotzki, aber wir können ihre Erfahrungen verwerten, besonders als Methodik.

Natürlich werden wir LM und deren Unterstützer weiterhin gegen Angriffe des bürgerlichen Staates und der prokapitalistischen Arbeiterbürokratie verteidigen. Wir bleiben offen für gemeinsame Arbeit mit dieser Gruppe. Ebenso werden wir die Arbeit für den Aufbau einer trotzkistischen Organisation in Brasilien fortsetzen, dem Kern einer revolutionären proletarischen Partei in diesem strategisch wichtigen lateinamerikanischen Land. Wir hoffen, daß die Mitglieder von LM/LQB es sich noch einmal überlegen und die gegenwärtige zentristische Linie zurückweisen und daß sie auf dieser Basis ihren Weg in die Reihen der IKL finden werden.

Nach Workers Vanguard Nr. 648, 5. Juli 1996



## Verschämter Abschied...

Fortsetzung von S. 15

und dieser Aufruf zu den Anfängen von Soldatenkomitees führte, besonders im Nordosten. Unsere politische Wirkung zeigte sich am 3. Januar 1990, als 250 000 Menschen zu einer Einheitsfrontkundgebung in den Treptower Park kamen, zu der auch die SED-PDS einwilligte und aufrief, um gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die Soldaten der Roten Armee zu protestieren, die für die Befreiung Deutschlands von den Nazis gestorben sind. Spartakisten hielten vom Podium aus Ansprachen an die Menge, prangerten die herrschende stalinistische SED-Bürokratie an und legten ein Programm des proletarischen Internationalismus dar. Das Gespenst des organisierten Arbeiterwiderstands gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, wie es sich in Treptow zeigte, alarmierte die westdeutschen Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Strohmannen, die daraufhin ihre Kampagne anheizten, die DDR in die Wiedervereinigung hineinzupeitschen.

In dem Dokument der Zweiten Internationalen Konferenz der IKL schrieben wir 1992:

„Doch wie später Treptow zeigte, standen wir von Anfang an in einem politischen Kampf mit dem abdankenden stalinistischen Regime über die Zukunft der DDR. Während wir eine Regierung von Arbeiterräten forderten, handelten die Stalinisten bewußt, um einen Arbeiteraufstand dadurch zu verhindern, daß sie alle Armee-Einheiten demobilisierten, die auf unsere frühe Propaganda hin Soldatenräte gebildet hatten. Obwohl geprägt durch das Mißverhältnis von Kräften, gab es eigentlich einen Wettstreit zwischen dem IKL-Programm der politischen Revolution und dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution.“

Norden spielte eine zentrale Rolle bei unserer Intervention in Deutschland, sowohl als Redakteur vieler Ausgaben der *Arprekorr* als auch bei den politischen Beratungen unserer internationalen Führung. Aber er vermochte es nicht, der Wirklichkeit des kapitalistischen Anschlusses ins Gesicht zu sehen. Außerstande, das Urteil der Geschichte zu akzeptieren, daß eine historische Niederlage keinen Massenwiderstand nach sich zieht, begann Norden sich nach einer Möglichkeit des „Gegenschlags“ auf dem Gebiet der ehemaligen DDR umzusehen.

Um zukünftige Kämpfe durch den Aufbau der notwendigen proletarischen, internationalistischen Führung vorzubereiten, wäre es für die bewußtesten Arbeiter der ehemaligen DDR notwendig gewesen, ein politisches Verständnis des Stalinismus und des Zusammenbruchs des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates zu erwerben. Solch eine trotzkistische Analyse wurde überzeugend in den Dokumenten von Joseph Seymour („Über den Zusammenbruch der Herrschaft der Stalinisten in Osteuropa“) und Albert St. John („Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerichtete Perspektive“) vorgebracht, die im englischsprachigen *Spartacist* im Winter 1990/91 veröffentlicht wurden. Diese Dokumente erschienen aber erst 1994 in der deutschsprachigen Ausgabe des *Spartacist* (Nr. 16, Herbst 1994)! Statt dessen nutzte Norden die Vorteile seiner deutschen Sprachkenntnisse und seiner Rolle im Internationalen Sekretariat dazu, die SpAD in eine Politik der endlosen öko-

nomistischen Abstecher in die Arbeiterklasse der Ex-DDR zu drängen, die sich 1991 in einer Agitationskampagne für einen Massenstreik ausdrückte. Diese Pose des nahe bevorstehenden „Massenwiderstands“ negierte den entscheidenden Faktor des Bewußtseins, das nur durch eine leninistische Avantgarde eingebracht werden kann.

Nordens ignorante und antitrotzkistische Perspektive, daß ein Kampf der Arbeiterklasse einen Flügel der PDS zur Abspaltung und zum „Kampf“ gegen die Verwüstungen der kapitalistischen Konterrevolution bringen würde, hatte



Spartakist

**Spartakist-Banner bei antifaschistischer Demo im Dezember 1989 in Ostberlin. Internationale Kommunistische Liga intervenierte, um eine revolutionäre Führung zu bieten**

einen desorientierenden Einfluß auf die SpAD, die selber der bitteren Realität der Zerstörung der DDR nicht ins Gesicht sehen konnte. Als seine Illusionen in einen ökonomischen „Gegenschlag“ nicht aufgingen (was für ihn niederschmetternd gewesen sein muß in Anbetracht seiner verzerrten, ahistorischen Erwartungen), konzentrierte sich Norden auf die Perspektive einer Rekrutierung „antifaschistischer Jugendlicher“ durch einen weiteren Plan, „schnell reich zu werden“.

Die zunehmend mörderischen Angriffe der Faschisten auf Immigranten in Deutschland im Gefolge der kapitalistischen Konterrevolution führten zu einer bedeutenden Radikalisierung von Jugendlichen, die die Naziterroristen stoppen wollten. Exemplarische Einheitsfrontaktionen gegen die Faschisten, wo wir in Aktion unser revolutionäres Programm veranschaulichten, das auf der Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse basiert, war sicherlich eines der Mittel, um die besten dieser linken Jugendlichen für den Trotzkismus zu gewinnen. Aber Nordens und Stambergers Vorstellung von „antifaschistischen Aktionen“ war ganz auf Fotopublizität aus und kaum auf politischen Inhalt angelegt, wie man das eine Mal sehen konnte, als sie in einer rein symbolischen Verteidigung eines Berliner Immigrantenwohnheims umgesetzt wurde, bei der den Faschisten kein Schaden zugefügt und aus der kein einziger Jugendlicher rekrutiert wurde.

Bei ständiger Herumfuchtelei kam Norden in seiner verzweifelten Suche nach einer Spaltung in der PDS dann zu der Erkenntnis, daß eine große Chance, „kräftig abzusahnen“, darin bestehe, sich opportunistisch auf die vergristen Überbleibsel des ehemaligen ostdeutschen stalinistischen Regimes zu orientieren, nämlich auf die

Fortgesetzt auf S. 26

## Verschämter Abschied...

Fortsetzung von S. 25

Kommunistische Plattform (KPF) als angeblich „linken Flügel“ der PDS. Begeistert von dem gewachsenen Stimmenanteil der PDS bei der Bundestagswahl im November 1994 und von den Meinungsumfragen, die weit verbreitete „sozialistische“ Gefühle innerhalb der Bevölkerung der ehemaligen DDR zeigten, setzte sich Norden für eine „Umgruppierungs“perspektive gegenüber der Kommunistischen Plattform ein – als Nachhutgefecht gedacht, um die Rekrutierungen, die wir 1989/90 nicht bekommen hatten, nachzuholen.

Wenn man versuchen wollte, Arbeiter oder Jugendliche zu rekrutieren, die versehentlich vom PDS-Umfeld – als vermeintlicher Alternative zu den westdeutschen Sozialdemokraten – angezogen wurden, so müßte das durch eine Demaskierung der KPF/PDS geschehen, indem diese als eine politische Stütze der Sozialdemokratie bekämpft wird. Statt dessen propagierte Norden die substanzlose Vorstellung, daß sich diese stalinistischen Exbürokraten noch „Bindungen“ zu dem ehemaligen ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat bewahrt hätten – den sie ausverkauft hatten! Genau das hat die PDS feilgeboten – wobei sie mit der Verzweiflung der ostdeutschen Werktätigen und deren nostalgischen Gefühlen für die „gute alte Zeit“ spielt, um so ihre eigene sozialdemokratische, parlamentarische Basis aufzubauen.

Nordens opportunistische Gelüste äußerten sich bald in einer krassen öffentlichen Form bei einem Vortrag an der Berliner Humboldt-Universität im Januar 1995, der an die KPF gerichtet war. Diese Rede war eine Fallstudie über Zentrismus. Unter Berufung auf das trotzkistische Programm präsentierte Norden eine *liquidatorische* Vorstellung, die die Rolle der IKL als bewußte revolutionäre Avantgarde leugnete, indem er wiederholt vorbrachte, daß 1989/90 in Deutschland „das Schlüsselement fehlte, die revolutionäre Führung“. Er ließ den zentralen Zweck und die Absicht der Intervention der IKL verschwinden: die Organisation einer politischen Revolution gegen das stalinistische Regime, das den deformierten Arbeiterstaat DDR bürokratisch unterminiert hatte und nun dabei war, dessen Ausverkauf an die westdeutschen Imperialisten vorzubereiten. Ein Arbeiteraufstand, der die nationalistische stalinistische Bürokratie durch eine echte proletarische internationalistische Herrschaft ersetzen würde, war der Schlüssel, um die kapitalistische Konterrevolution zu stoppen.

Statt dessen reduzierte Norden unsere eigene revolu-

tionäre Intervention auf eine Aufzählung von unwirksamen Taktiken, während er zu den verknöcherten Überbleibseln der ehemaligen herrschenden Bürokratie „die Hand ausstreckte“. Er betrachtete diese als fehlgeleitete Kollegen, die unseren Bemühungen in den Jahren 1989/90 einen „widerwilligen Respekt“ zollten – Bemühungen, die darauf gerichtet waren, ihr stalinistisches Regime hinwegzufegen! Norden zufolge waren die „SED-Spitzen“ zu der Zeit ganz einfach „gelähmt“ gewesen, so daß nicht einer von ihnen sich eine proletarische politische Revolution „auch nur vorstellen konnte“. In Wirklichkeit konnten sich die SED-Spitzen eine politische Revolution nicht nur „vorstellen“, sondern sie taten alles in ihrer Macht Stehende, um sie zu unterdrücken, weil sie selbst deren Zielscheibe gewesen wären. Alles andere als gelähmt, ergriffen diese Stalinisten vielmehr bewußte, aktive Maßnahmen, um einen Arbeiteraufstand zu verhindern.

### Zentristische Politik, bürokratische Praktiken

Nach mehr als sechs Monaten interner Parteidiskussion und Kämpfen, die Nordens revisionistischen Kurs grundlegend entlarvten, der uns – wäre er nicht aufgehalten worden – als revolutionäre marxistische Tendenz zerstört hätte, wurde Nordens opportunistische Politik auf der Sitzung des Internationalen Exekutivkomitees im Januar 1996 entscheidend besiegt. Norden und Stamberg haben diese Entscheidung des höchsten führenden Gremiums der IKL zwischen internationalen Konferenzen vollständig abgelehnt. Sie erklärten jegliche Kritik an der „Umgruppierungs“orientierung auf die KPF und an Nordens Humboldt-Rede für völlig falsch. Gleichzeitig wies Norden in arroganter Weise jegliche Verantwortung von sich, daß er mit den damit einhergehenden bürokratischen Praktiken beinahe die deutsche Sektion zerstört hatte, um seine Perspektive durchzusetzen.

James P. Cannon, der Begründer des amerikanischen Trotzkismus, bemerkte, daß die Politik des Zentrismus immer mit antileninistischen organisatorischen Praktiken einhergeht. In Deutschland wurde Nordens opportunistische Jagd auf die vergreisten stalinistischen Überbleibsel in der KPF ergänzt durch eine bösartige Hexenjagd, wobei alle Genossen, die als Hindernis zu seiner Orientierung wahrgenommen wurden, als „bequeme sozialdemokratische“ Schicht angeprangert worden sind, die die „Jugendrekrutierung“ ablehnen! Als Norden in einen *Spartakist*-Artikel zur PDS groteskerweise und unnötigerweise eingefügt hatte, daß bei den Streitkräften der Roten Armee, die Deutschland von den Nazis befreit hatten, Stalin der „Oberbefehlshaber“ war, wurden Genossen, die diesen

**Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands**  
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)  
Organ der revolutionären Arbeiterbewegung und Mitglieder der Spartakist-Gruppe in Deutschland

Diskussionsbulletin

Die nachsozialistische Periode und  
zersetzende Einflüsse auf die revolutionäre Avantgarde

**Nordens „Gruppe“:  
Verschämter Abschied  
vom Trotzkismus**

Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38,  
herausgegeben vom Internationalen Sekretariat der IKL

April 1996  
10177 Berlin

**SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25**  
Übersetzung des *International Bulletin*  
Nr. 38 (in englischer Sprache, eben-  
falls erhältlich).  
Zweite Auflage: enthält die ungekürzte  
Fassung des obigen Artikels.  
DM 10,- (164 Seiten)

**Die Norden-„Gruppe“:  
Vielfältiger Opportunismus**  
(in englischer Sprache)  
enthält das Bulletin der  
Norden-„Gruppe“ vom Juli 1996  
und eine Einleitung  
DM 8,- (96 Seiten)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Post-  
fach 555, 10127 Berlin, Postgiro Frankfurt/M.,  
BLZ 500 100 60, Konto 11988-601

**Hate Trotskyism,  
Hate the Spartacist League**  
— a bulletin series of opponent material

NUMBER 9

**The Norden "Group":  
Polymorphous Opportunism**

Introductory Note

"After Spartacist League Purges Leading Cadres,  
ICL Files from Class Battle in Brazil—  
From a Drift Toward Abstentionism  
to Desertion from the Class Struggle"

Published by the Norden "group," July 1996

Spartacist Publishing Company  
Box 1777 090  
New York, New York 10116  
USA

August 1996  
Issue No. 9  
ISSN 0166-19 19  
23FF 000 23 1.7.000  
Printed in USA

Artikel kritisierten, wegen einer „Kapitulation“ vor dem Antikommunismus des Vierten Reichs und vor der Volksfront-Linken verdammt.

Wie Genosse Albert St. John, der den Kampf gegen Nordens zentristische liquidatorische Politik eröffnet hatte, auf einer SpAD-Konferenz gleich im Anschluß an die IEK-Sitzung in seinen Bemerkungen zu Norden sagte:

„Da du verneinst, irgendwas politisch oder organisatorisch falsch gemacht zu haben, und dich arrogant und trotzig weigerst, irgendeine Verantwortung für die Konsequenzen deiner Handlungen zu übernehmen, ist das für mich ein Zeichen, daß du nicht mehr durch das Programm des Trotzismus in der Praxis motiviert bist. Oder vielleicht genauer: Es gibt einen sehr großen Widerspruch zwischen deinen fremden politischen Appetiten und deinem formalen Festhalten am Parteiprogramm. Darin liegt eine wirkliche Gefahr, denn wenn du nicht versuchst, einen Rückzieher zu machen, werden deine gegenwärtig starken zentristischen Impulse die Oberhand gewinnen und damit diesen Widerspruch negativ auflösen.“

Trotzki betonte in „The Mistakes of the Communist League on the Trade Union Question“ [Die Fehler der Communist League zur Gewerkschaftsfrage] (Januar 1931):

„... so beruht die revolutionäre Politik des Marxismus auf der Konzeption der Partei als Avantgarde des Proletariats.

Was auch die Quellen und politischen Gründe für opportunistische Fehler und Abweichungen sein mögen, sie sind ideologisch immer auf ein falsches Verständnis der revolutionären Partei zurückzuführen, auf ihr Verhältnis zu anderen proletarischen Organisationen und zu der gesamten Klasse.“

Nordens Anpassung an fremde politische Kräfte außerhalb der Organisation und seine anschwellende gefühlsmäßige Opposition zum Partei„regime“ waren ein Ausdruck seiner Zurückweisung der Notwendigkeit einer leninistischen Avantgardepartei. Dementsprechend spiegelte sich darin eine Demoralisierung über die Fähigkeit der Arbeiterklasse wider, als „Klasse für sich“ zu agieren, d. h. sich ihrer sozialen Lage und ihrer Macht bewußt zu werden, das ganze System der kapitalistischen Ausbeutung zu stürzen und die neue herrschende Klasse in einer egalitären Gesellschaft zu bilden.

Anstelle der leninistischen Partei, die dazu notwendig ist, das revolutionäre Bewußtsein in die Arbeiterklasse zu tragen, objektiviert Norden zunehmend bestimmte politische Gruppierungen und Schichten – vor allem in der ehemaligen DDR und Lateinamerika – als irgendwie von Natur aus empfänglich für revolutionäre Politik. Im Fall der kommunistischen Plattform sah Norden Elemente kommunistischen Bewußtseins, wo keines existierte. Auf dem lateinamerikanischen Gebiet versah Norden unsere brüderlichen Beziehungen mit Luta Metalúrgica (LM) – wo er und sein zweiter Mann Negrete, damals ein führendes Mitglied unserer mexikanischen Sektion, anfangs eine zentrale Rolle spielten – mit einem so hohen politischen Niveau und einer solch umfassenden Übereinstimmung mit dem Programm des revolutionären Trotzismus, wie es ganz einfach nicht existierte.

Vor allem Negrete versuchte die zentristische Beschwichtigungspolitik gegenüber LM mit dem herablassenden und antileninistischen Argument zu bemänteln, daß sich darin „kulturelle Differenzen“ widerspiegelten. Diese Beschwörung eines lateinamerikanischen Sonderwegs stellte eine Anpassung an Nationalismus und „Caudilloismus“ dar, der die lateinamerikanische Linke politisch charakterisiert. Im Lauf eines politischen Kampfes in der Grupo Espartaquista de México stellte sich heraus, daß diese Eigenschaften auch das

Regime von Negrete in der mexikanischen Sektion kennzeichneten. Die Sektion wurde absichtlich von den lebenswichtigen Kämpfen und Debatten innerhalb unserer Internationale abgeschnitten. Und Negrete widersetzte sich jedem Versuch, eine den bolschewistischen Normen entsprechende Arbeitsweise einzuführen, und arbeitete daran, die Sektion als sein persönliches Fürstentum aufrechtzuerhalten, in dem er der unangefochtene, „allwissende“ Führer war.

Als die Situation sich zuspitzte und ausgekämpft wurde, eilten Norden und Stamberg zu Negretes Verteidigung. Sie erklärten arrogant, daß die Mitglieder der mexikanischen Sektion entweder Lügner oder Betrogene waren, die von der „Internationale“ auf Linie gebracht worden wären. Im Gegenzug hängte sich Negrete wie eine Klette an Norden und Stamberg an.

### Zersetzende Einflüsse auf die revolutionäre Avantgarde

Die Mitgliedschaft in der IKL ist freiwillig. Bedrängt von seinen eigenen fremden politischen Gelüsten, sah Norden aber die Partei und ihre Führung zunehmend als eine Art bürokratisches Gefängnis, wo er zum Opfer der ungezügelten Tyrannei eines Regimes wurde. Wie Joseph Seymour, ein Mitglied der Redaktion von *WW*, in einem Brief an Norden schrieb, mit dem er über zwei Jahrzehnte eng zusammengearbeitet hat:

„Deine zunehmende Entfremdung von der übrigen Führung macht mir große Sorgen. Deine politische Persönlichkeit hat sich über die Jahre nicht grundlegend geändert, auch wenn Du anscheinend immer ungeduldiger nach organisatorischen Erfolgen strebst, besonders dort, wo Du persönlich an der Arbeit beteiligt bist. Was sich grundlegend geändert hat, ist die Welt, in der wir leben und agieren. Und das ist der springende Punkt bei dem Problem...“

Ich denke, Du akzeptierst nicht, daß seit Ende der 70er Jahre international eine *historisch rückläufige Entwicklung* im politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Linken stattgefunden hat. Diese Entwicklung ist sowohl die Voraussetzung für die Konterrevolution im Sowjetblock gewesen als auch durch diese verstärkt worden.“

Offensichtlich glaubte Norden, daß die Führung unserer Internationale politisch zunehmend aus der Spur lief. Aber statt sich zu einer Fraktion zu erklären, um gegen diese Entwicklung und für eine andere politische Perspektive und die entsprechende neue Führung zu kämpfen, verwickelten sich Norden und Stamberg lieber in einen cliquistischen Guerillakrieg gegen die Entscheidungen der Partei. Sobald er überführt wurde, leugnete er einfach alles ab. Allerdings war es ihm bewußt, daß er auf einer anderen politischen Basis arbeitete, wie sich in der Tatsache zeigte, daß er zunehmend geheim zu operieren versuchte, außerhalb der Überprüfung durch die Partei und ihre Führung. Als er aufgefordert wurde, seine detaillierten Telefonrechnungen vorzulegen – eine allgemein übliche Praxis unter den führenden Kadern unserer Organisation, wie es auch Norden routinemäßig seit mindestens zehn Jahren getan hatte –, lehnte Norden dies herausfordernd und kategorisch ab.

Norden und Stamberg wurden daraufhin vom Internationalen Sekretariat angeklagt, „gegen die auf dem demokratischen Zentralismus basierende Disziplin der Partei verstoßen zu haben, und zwar konkret durch [ihre] herausfordernde und kategorische Verneinung einer grundlegenden Bedingung der Mitgliedschaft, des Monopols der Partei über die öffentlichen politischen Aktivitäten (d. h. nicht private Aktivitäten) ihrer Mitglieder“. Norden und Stamberg weigerten sich, an dem Parteiverfahren teilzunehmen,

Fortgesetzt auf S. 28

## Verschämter Abschied...

Fortsetzung von S. 27

das einberufen wurde, damit sie sich gegen diese Beschuldigungen verteidigen konnten. Sie taten die demokratischen Verfahrensweisen der Partei als bürokratisches „Komplott“ ab und denunzierten die Aufforderung, ihre detaillierten Telefonrechnungen einzureichen, als dämonische List, um andere Genossen zu verfolgen. Der PB-Antrag, der Norden und Stamberg ausschloß, stellte fest:

„Fakt ist, entweder haben Norden und Salzburg nichts zu verbergen, weil alle ihre Anrufe an Genossen waren (die das Recht haben, ihre Ansichten mit *jedem* Mitglied der Partei zu diskutieren, was auch immer ihre Sympathien oder Antipathien für Nordens und Salzburgs Politik sind) – in diesem Fall wäre Nordens und Salzburgs Weigerung, ihre Telefonrechnungen einzureichen (unter beträchtlichen Kosten für sie selbst), eine dumme Provokation, die dazu bestimmt ist, ihren eigenen Ausschluß einzufädeln; oder sie hatten Kontakt zu politischen Formationen außerhalb der Organisation.“

Wir fragen uns immer noch, welches Spiel Norden und Stamberg gespielt haben. Zu der Frage, wohin sie gehen werden, sind viele Möglichkeiten offen, solange die Mindestanforderung, Gegner des revolutionären Marxismus zu sein, erfüllt ist.

### Pabloismus des zweiten Aufgusses

Norden wurde vor Jahren von einer quasi syndikalistischen, neulinken Position zur Spartacist League gewonnen. Er hat die besten Jahrzehnte seines Lebens dafür gegeben, 16 Stunden am Tag für die marxistische sozialistische Bewegung zu arbeiten, um dafür zu kämpfen, daß der revolutionäre Trotzismus auf der ganzen Welt verbreitet wurde, vor allem durch *Workers Vanguard*, der Flaggschiff-Zeitung unserer Internationale. Unter der Auswirkung der historischen Niederlage, die die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion darstellte, und seiner zunehmenden Ablehnung des demokratischen Zentralismus wurde Nordens episodischer Impressionismus (der schon immer eine zentristische Neigung hatte) chronisch und akut.

Impressionisten neigen zu gewagten und schnellen Wendungen. Michel Pablo liefert eine Fallstudie dafür, ein Abenteurer, der nach dem Zweiten Weltkrieg als führender Kader unter den dezimierten Kräften von Trotzki's Vierter Internationale hervortrat und dessen Impressionismus das politische Programm und den Zweck von Trotzki's Internationale zerstörte. Nach der Entstehung von deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa sah Pablo in den 50er Jahren „Jahrhunderte von deformierten Arbeiterstaaten“ voraus und verfolgte eine Auflösung durch „tiefen Entrismus“ in die stalinistischen und sozialdemokratischen Parteien. In den 60er Jahren liefen Pablos Erben in Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat (VS) hinter kleinbürgerlichem Guerillaismus her und traten für „Studentenmacht“ ein. Auf ihrem Weltkongreß 1972 entdeckte das VS die Arbeiterklasse wieder und schrieb: „Nach dem Mai 68 und ganz allgemein mit dem Wiederaufleben der Arbeiterkämpfe in ganz Europa trat eine unwiderrufliche Wende in diesem Bereich ein.“ Die Unwiderruflichkeit wurde schnell wieder widerrufen, als Mandel & Co. in den 80er Jahren die Sache der antisowjetischen Sozialdemokratie zu ihrer eigenen machten. In den 90er Jahren sprach Mandel dann von der „Glaubwürdigkeitskrise“ des Sozialismus, und das VS debattierte darüber, einfach aufzugeben und seine Organisation insgesamt aufzulösen.

Nordens liquidatorischer Kurs war ein Pabloismus des zweiten Aufgebots: Leugnung der Realität, Unterdrückung des trotzkistischen Programms, politisches Abenteuertum auf Entfernung und Anpassung an fremden politischen

Druck sowie Auflösung der trotzkistischen Avantgarde als des notwendigen subjektiven Faktors in der Geschichte. Es wurde ihm reichlich Gelegenheit gegeben, seinen Kurs rückgängig zu machen. Aber er wies jeden Versuch einer politischen Korrektur als geistlose bürokratische Beschimpfung zurück, die nur darauf gerichtet sei, seine „Autorität zu zerstören“ – eine Autorität, der er gleichzeitig das Ausmaß von päpstlicher Unfehlbarkeit verlieh.

### Es ist dringend notwendig zu kämpfen!

Wir kämpfen dafür, die von Lenin und Trotzki begonnene Arbeit – die die Arbeiterklasse 1917 in Rußland zum Sieg führten – zu vollenden: den Klassenkampf zu einem siegreichen Ende zu führen, mit dem die Staatsmacht weltweit in Arbeiterräten verwurzelt wird. In einer Periode, die durch gewaltige Niederlagen für das internationale Proletariat geprägt ist, wie sie die kapitalistische Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion und in ganz Osteuropa verkörpern, versetzt dies unsere geringen Kräfte konjunkturell in eine zerbrechliche Situation.

In ganz Westeuropa hat sich die Arbeiterklasse in Kämpfen zur Wehr gesetzt, die zu den größten und militantesten seit Jahren gehören, jedoch zum ersten Mal seit der Pariser Kommune identifizieren die Massen der kämpfenden Arbeiter ihre unmittelbaren Bedürfnisse nicht mit den Idealen des Sozialismus oder dem Programm der sozialistischen Revolution. Viele Jugendlichen, die sich selber als „radikal“ betrachten, sind von liberaldemokratischem Idealismus durchdrungen, was in vagen anarchistischen Gefühlen oder in verschiedenen Varianten von „grünem“ Radikalismus Ausdruck findet.

Die Nichtanerkennung der Periode, in der wir uns befinden, und der erforderlichen Beziehung unserer kleinen revolutionären Avantgarde zum Proletariat haben zur Desorientierung, Demoralisierung und zu Gelüsten geführt, die „Antwort“ woanders zu finden. In diesem Zusammenhang ist interner politischer Kampf unvermeidlich und dringend notwendig, um unsere Partei auf Kurs zu halten. Trotzki stellte 1937 in seinem Artikel „Bolschewismus und Stalinismus“ fest:

„Reaktionäre Epochen wie die unsere zersetzen und schwächen nicht nur die Arbeiterklasse und isolieren ihre Avantgarde, sondern drücken auch das allgemeine ideologische Niveau der Bewegung herab und werfen das politische Denken auf bereits längst durchlaufene Etappen zurück. Die Aufgabe der Avantgarde besteht unter diesen Umständen vor allem darin, sich nicht von dem allgemeinen rückwärts flutenden Strom davontragen zu lassen – es heißt gegen den Strom schwimmen. Wenn ein ungünstiges Kräfteverhältnis es nicht erlaubt, die früher eroberten politischen Positionen zu wahren, gilt es, sich wenigstens auf den ideologischen Positionen zu halten, denn sie sind der Ausdruck einer teuer bezahlten vergangenen Erfahrung. Dummköpfen erscheint eine solche Politik als ‚Sektierertum‘. In Wirklichkeit bereitet sie nur einen neuen gigantischen Sprung vorwärts vor, zusammen mit der Welle des kommenden historischen Aufschwunges.“

Wie die jüngsten Streikwellen in Frankreich und Italien und die antirassistischen Mobilisierungen in ganz Westeuropa zeigen, gibt es eine neue Generation von Kämpfern, sowohl in der Arbeiterklasse als auch unter radikalen Jugendlichen, die zum Programm der internationalen sozialistischen Revolution gewonnen werden können. Die Kämpfe zur Umorientierung und Stählung unserer Kräfte angesichts der „Neuen Weltordnung“ sind darauf ausgerichtet, in neue soziale Kämpfe einzugreifen, die ausbrechen, und die besten Elemente für das Programm des Kommunismus zu gewinnen.■

# Irak...

Fortsetzung von S. 1

künftigen Atomkrieg retten, dessen Ursachen in den jetzigen Rivalitäten zwischen den Imperialisten zu suchen sind.

Sobald unsere japanischen Genossen uns darüber informierten, daß amerikanische B-52-Bomber die Guam-Basis in Richtung Irak verlassen hatten, rief die Internationale Kommunistische Liga zu Protestaktionen auf. Angefangen mit der Spartacist League/U.S., brachten die Sektionen der IKL sofort Flugblätter heraus, und unsere Jugendorganisationen organisierten Protestkundgebungen an Universitäten von Berlin bis Mexiko. Nachstehend drucken wir die Erklärung der SpAD vom 5. September.

Am 3. und 4. September zeigte sich erneut die mörderische Fratze der imperialistischen „Neuen Weltordnung“ mit der Bombardierung des Irak. Am ersten Tag des Angriffs wurden von US-Zerstörern 27 Cruise Missiles abgefeuert; zwei weitere blutige Angriffswellen folgten. Kohl, Kinkel und SPD, die selber die Schutzherrn des Völkermords an den Kurden in der Türkei sind, begrüßten diesen Bombenterror. Kapitalismus bedeutet Rassismus und Krieg! Bei einer sofortigen Protestkundgebung, die die Spartakist-Jugend am 3. September an der Humboldt-Universität in Berlin abhielt, erklärten wir auf Plakaten und mit Sprechchören: „US-Imperialismus: Blutige Hände weg vom Irak!“, „Viertes Reich: Pate des Völkermords an den Kurden!“ Wir fordern: Deutsche Panzer raus aus der Türkei und Kurdistan! US/NATO und alle Imperialisten, raus aus dem Persischen Golf!

Dieser brutale Angriff auf den Irak ist vor allem eine Botschaft der rassistischen US-Herrscher an ihre Rivalen, besonders an Deutschland, daß die USA der Oberbulle der Welt sei. Sechs Jahre nach der kapitalistischen Wiedervereinigung tritt die deutsche Bourgeoisie zunehmend selbstbewußt als Weltmacht in Konkurrenz gegen die USA auf. Mit dem Maastrichter Diktat will Deutschland Europa beherrschen und zwingt den Arbeitern von Frankreich bis Polen Massenarbeitslosigkeit, Lohnraub und sozialen Kahlschlag auf. Die italienischen und französischen Arbeiter haben mit Streiks darauf geantwortet, in Deutschland haben ÖTVler und IG-Metaller gegen die Sparpläne von CDU und SPD gestreikt. Wir kämpfen für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die notwendig ist, um den Kapitalismus zu stürzen.

International wickelte der deutsche Geheimdienst-Koordinator Schmidbauer einen Gefangenenaustausch zwischen der islamischen Hisbollah und Israel ab, wobei er die wichtigen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Iran benutzte. Clinton reagierte darauf mit einer Verschärfung des Embargos gegen Iran. Und im letzten Jahr stieg das Vierte Reich zum größten Waffenexporteur in die Türkei auf und überholte damit die USA. In diesem „nationalen Interesse“ Deutschlands protestierte der SPD-Führer Verheugen am zweiten Tag der Angriffe gegen die „Supermacht USA“. In Deutschland führt die faktische Koalition von CDU/SPD seit Jahren auch hier Krieg gegen die Kurden. Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine! Weg mit dem Verbot von Devrimci Sol! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!

1991 verwüsteten die US/NATO-Imperialisten den Irak und töteten beim einseitigen Gemetzel „Operation Wüstensturm“ Zehntausende. Danach wurde ein brutales Wirtschaftsembargo verhängt, durch das Hunderttausende Iraker an Hungersnot und Epidemien starben, vor allem Frauen und Kinder. Dieses Hungerembargo wurde seinerzeit von der SPD, der PDS und den Grünen lauthals unterstützt! Jetzt plant Clinton, die Daumenschrauben weiter anzuziehen, indem er sogar den lausigen UNO-Deal stoppen will, daß der Irak zumindest Lebensmittel für Öllieferungen

erhalten sollte. Nieder mit dem imperialistischen Embargo gegen den Irak! UNO – imperialistische Räuberhöhle! Stürzt die Bourgeoisien!

Knapp ein Jahr davor gab es die massive NATO-Bombardierung der bosnischen Serben, wo die Bundeswehr just zum Jahrestag des von Hitler-Deutschland angezettelten Zweiten Weltkriegs zum ersten Mal seit 1945 wieder mitmachte. Wir Spartakisten verteidigten die bosnischen Serben gegen den imperialistischen Angriff und erklärten, daß die imperialistischen Mächte die Feinde der Werktätigen auf dem Balkan und auf der ganzen Welt sind.

Der US-Imperialismus behauptet, daß der Anlaß für seine Bombardierung der Einmarsch Saddam Husseins in die „Schutzzone“ der Kurden sei. Aber während jetzt die Imperialisten Krokodilstränen für die umzingelten und unterdrückten Kurden vergießen, waren gerade Deutschland und die USA die Hauptstützen der Türkei, die seit Jahren einen



Protest der Spartakist-Jugend an der Humboldt-Uni

Vernichtungskrieg gegen die Kurden führt. Ermutigt durch die Terrorbombardierung kündigte jetzt die türkische Außenministerin Ciller die Konzentration ihrer Armee an der Grenze zum Nordirak an. Am 5. September begann die türkische Armee mit der Bombardierung des Irak. Das ist ein erneuter mörderischer Angriff auf kurdische Flüchtlinge, die nach dem Golfkrieg in „Schutzzonen“ gezwängt wurden. Ihr Ziel ist eine „Endlösung“ der PKK und aller Kurden. Wir Spartakisten fordern eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Nieder mit dem deutschen und dem US-Imperialismus! Hände weg vom Irak! Nieder mit den Ölscheichs, den Obristen und Königen! Arbeiter an die Macht! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Nach der Zerstörung der früheren Sowjetunion – eines degenerierten Arbeiterstaates – meinen die Bourgeoisien auf der ganzen Welt, daß ihrem System von ungezügelter Ausbeutung, von Armut und Krieg nichts mehr im Wege steht. Die innerimperialistischen Rivalitäten zwischen den konkurrierenden Mächten verschärfen den Krieg der rassistischen Herrscher gegen die Arbeiterklasse zu Hause, während Cruise Missiles auf den Irak hageln. Wir kämpfen für den Aufbau einer revolutionären internationalistischen Arbeiterpartei, um die Imperialisten zu stürzen und eine egalitäre sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Spartakist-Jugend kämpft dafür, Studenten auf die Seite der internationalen Arbeiterklasse zu gewinnen, damit sie aktive Kämpfer gegen die imperialistischen Mörder werden. Kurdische Arbeiter, türkische Arbeiter, Arbeiter in den imperialistischen Zentren USA und Deutschland – Arbeiter der Welt, vereinigt euch! ■

# Frankreich...

Fortsetzung von S. 1

gekämpft, die Macht der Arbeiterklasse zur Verteidigung der Rechte der Immigranten zu mobilisieren. Während der Streikwelle der Arbeiter im öffentlichen Dienst letzten Dezember hob die LTF die entscheidende Notwendigkeit hervor, daß die Streikenden den Kampf gegen die rassistische Unterdrückung aufgreifen, und warnte: „Die Weigerung der Führer der Arbeiterklasse, gegen den rassistischen Terror zu kämpfen, ist ein Hindernis für die notwendige Ausweitung der Auseinandersetzung auf den privaten und hauptsächlich industriellen Sektor mit seinem starken und kämpferischen Anteil von Arbeitern aus dem Maghreb und Schwarzafrika“ (siehe auch *Spartakist* Nr. 121, Januar/Februar 1996). Angesichts des weit verbreiteten Rassismus gegen Immigranten und des wütenden faschistischen und Polizei-Terrors erheben unsere Genossen die Forderung: *Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, die den rassistischen Terror stoppen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Bei einer Betriebsversammlung der Gewerkschaften SUD und CGT im Postscheckamt Paris-Bourseul am Tag des Bullenangriffs konterte eine Unterstützerin der LTF den abgeschmackten Antrag der Bürokraten, ein Protestschreiben an Chirac zu verfassen. Sie rief die Gewerkschaften dazu auf, die Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Abschiebungen zu stoppen:

„Wir leben immer noch unter der Macht von Vigipirate, einer Kampagne von rassistischem Terror, gegen die die Gewerkschaftsorganisationen im letzten Dezember nicht mobilisierten. Wenn sie es getan hätten, wären wir nicht in dieser Situation. Was gegen diesen Terror erforderlich ist, sind von unseren Gewerkschaften organisierte Arbeitermassenaktionen... Jetzt will die Regierung militärische Charterflugzeuge füllen, weil die Pilotengewerkschaften sich weigern, sie auszufliegen. Worum es geht, ist die Mobilisierung machtvoller Kontingente von Arbeitern zum Militärflughafen Villacoublay, um diese Abschiebungen zu stoppen. Und gerade jetzt ist es notwendig, die sofortige Freilassung aller an diesem Morgen Verhafteten und die Niederschlagung aller Anklagen zu fordern.“

Als die französischen Behörden sich anschickten, vom Militär gecharterte Flüge zur Abschiebung von Immigranten einzusetzen, nachdem zivile Piloten sich geweigert hatten, die zur Abschiebung vorgesehenen auszufliegen, gab die Gewerkschaft der Angestellten von Air Afrique eine formelle Anweisung heraus, daß in ganz Afrika kein Arbeiter dieser Fluglinie sich „an der niederträchtigen Angelegenheit beteiligen soll, diese schändlichen Flüge zu unterstützen“. Als der französische Militärtransport mit den Deportierten in der senegalesischen Hauptstadt Dakar zwischenlandete, wurde er aufgehalten, weil das Bodenpersonal sich weigerte, das Flugzeug abzufertigen.

Solche Aktionen zeigten konkret die Möglichkeit auf, die internationale Klasseneinheit zwischen Arbeiterkämpfen in Frankreich und Afrika zu schmieden. Eine derartige Perspektive des proletarischen Internationalismus ist dem chauvinistischen Protektionismus scharf entgegengesetzt, der von den reformistischen Arbeiterführern propagiert wird, wie zum Beispiel durch den Aufruf der Kommunistischen Partei (PCF): „Produziert französisch“.

Die Proteste gegen die angedrohten Abschiebungen sind ein Ereignis von äußerster Wichtigkeit für die französischen Arbeiter. Die Bourgeoisie – zu der sich die reformistischen Irreführer gesellen – ist darauf angewiesen, rassistische und ethnische Spaltungen in der Arbeiterklasse zu verschärfen, um den Klassenkampf zu unterminieren. Die Gewerkschaftsspitzen unterstützten die „antiterroristische“ Operation Vigipirate von Chirac, bei der die Armee eingesetzt wurde, um Immigrantenviertel zu terrorisieren. Seit Jahren haben die PCF- und CGT-Führer den Immigranten die Schuld an der Arbeitslosigkeit gegeben und die Schließung der Grenzen sowie die Ausweisung von „Illegalen“ gefordert. Und in den 14 Jahren seiner Präsidentschaft hat Mitterrand den Rassismus gegen Immigranten zu einem Markenzeichen seiner Herrschaft gemacht.

In der vorigen Woche gaben die Gewerkschaftsdachverbände CGT und CFDT zusammen mit den Lehrgewerkschaften FEN und FSU eine gemeinsame Erklärung heraus, in der sie „direkte Verhandlungen“ zwischen der Regierung und den Hungerstreikenden sowie ein „Einfrieren der Abschiebungen“ forderten. Aber notwendig war die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse, auch durch Streiks, und die Mobilisierung von Tausenden zur Blockade der Militärflughäfen, bis Chirac klein beigt.

Der massive Ausbruch von Protesten gegen die rassistischen Abschiebungen entlarvt die Lüge der diversen vorgeblich revolutionären Organisationen, die die Möglichkeit abschreiben, die Arbeiterklasse für den Kampf gegen rassistische Angriffe zu gewinnen. Während der Streikwelle im letzten Dezember hat allein die LTF die entscheidende Bedeutung dieser Frage in ihrer an die streikenden Arbeiter gerichteten Propaganda betont. Das gesamte Spektrum von Organisationen links von der PCF und der Sozialistischen Partei (PS) – von Alain Krivines Ligue communiste révolutionnaire (LCR) bis zu Lutte ouvrière (LO), Pouvoir ouvrier (PO) und der Jeunesse communiste révolutionnaire (JCR) – hat in den Flugblättern an die Streikenden total die Notwendigkeit ignoriert, gegen die rassistische Diskriminierung und Absonderung zu kämpfen, gegen den Ausschluß von Ausländern aus dem öffentlichen Dienst und gegen die rassistische Vigipirate-Kampagne.

Die Frage der revolutionären Führung ist entscheidend. Die fortgeschrittensten Arbeiter müssen für ein Programm gewonnen werden, das ihre unmittelbaren Kämpfe mit dem revolutionären Sturz des Kapitalismus verbindet. Andernfalls kann selbst die machtvollste Mobilisierung der Arbeiterklasse untergraben, auseinandergetrieben und in die reaktionäre Sackgasse der Klassenzusammenarbeit kanali-

Rechts: Streikflugblatt der LTF auf arabisch und französisch. Nordafrikanische Immigranten in der Industrie sind Schlüssel für Arbeitermacht.

**Abonniert!**

**Le Bolchévik**

Zeitung der Ligue trotskyste de France

10 Ausgaben

DM 10,- (Europa)

DM 20,- (Luftpost)

(enthält *Spartacist*, französische Ausgabe)

Zu beziehen über die Verlagsadresse



siert werden. Nachdem die Zentristen bei den Streiks im letzten Dezember der Frage der rassistischen Unterdrückung ausgewichen waren, um die Bürokraten, die bei der rassistischen Regierungsoffensive mitmachten, nicht vor den Kopf zu stoßen, versuchen sie jetzt Chiracs Angriffe auf Immigranten in zynischer Weise zu *benutzen*, um der neuen auf Klassenzusammenarbeit beruhenden Volksfront, die von der PCF, der PS und deren bürgerlichen Partnern zusammengestellt wird, Unterstützung zuzuführen. So unterschrieben die LCR und LO letzte Woche eine gemeinsame Erklärung mit der PCF, der PS, der ultra-chauvinistischen Mouvement des citoyens (Bürgerbewegung) und der bürgerlichen Radikalen Partei, in der Chirac zu Verhandlungen mit den Immigranten aufgefordert wird, die die Kirche besetzt halten – weil „das Ansehen Frankreichs dauerhaft befleckt werden könnte“.

Zwar steht PO, die mit der Gruppe Arbeitermacht verbunden ist, formal außerhalb dieses reaktionären Sammelsturms, stellt aber in Wirklichkeit den linken Flügel einer, wie Trotzki es nannte, „syphilitischen Kette“ der Klassenzusammenarbeit dar, die über die PCF und PS bis zur Bourgeoisie führt. Wie immer, kriechen die Zentristen von PO hinter dem her, was populär ist. Wo jetzt Arbeiter massenhaft gegen den immigrantenfeindlichen Rassismus auf die Straße gehen, hat PO ein Flugblatt (vom 23. August) herausgebracht, das fordert: „Für die Mobilisierung der Arbeiterklasse, um die Abschiebungen zu stoppen!“ Doch nirgendwo werden die Streiks vom letzten Dezember auch nur mit einem Wort erwähnt. Eigentlich kein Wunder, denn damals weigerte sich PO, überhaupt die Notwendigkeit anzusprechen, die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Ope-

ration Vigipirate und gegen die allseitigen Angriffe auf Immigranten zu mobilisieren. Und PO entlarvt schon gar nicht die verräterische Rolle der reformistischen Bürokraten, sondern schafft Illusionen durch ihre Aufforderung an die Gewerkschaftsführer, sie sollten „ihren Worten Taten folgen lassen“!

Aber die Gewerkschaftsspitzen haben *nichts zu sagen*, wenn es um rassistische Diskriminierung im Beruf, bei der Wohnungssuche und in der Ausbildung geht; um rassistischen Bullenterror und Operation Vigipirate; um die Verweigerung von Staatsbürgerrechten für Immigranten. Die Bürokraten weigern sich, gegen rassistische Unterdrückung aufzutreten, weil diese zu dem kapitalistischen System gehört, das sie aufrechterhalten. In ihrem Flugblatt vom 23. August forderte PO lautstark: „Es ist Chirac ... der gestürzt werden muß!“ Aber um wodurch ersetzt zu werden? Die unausgesprochene Antwort von PO ist offensichtlich: ein neues Bündnis der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. PO hat immer die Volksfront dadurch unterstützt, daß sie zur Wahl der an ihr beteiligten reformistischen Arbeiterparteien aufrief.

Unsere Genossen der LTF führen einen scharfen politischen Kampf gegen derartigen Opportunismus, um die Kader für die Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei umzugruppieren und zu festigen. Eine solche Partei wäre, in Lenins Worten, ein Volkstribun, der Minderheiten, Frauen, Jugendliche und alle Unterdrückten hinter dem Kampf des Proletariats für den Sturz des kapitalistischen Systems – der wirklichen Ursache rassistischer Unterdrückung – vereinigt und eine sozialistische Ordnung errichtet.

Nach Workers Vanguard Nr. 650, 30. August 1996

## Türkei...

Fortsetzung von S. 32

am 28. Juli beugte sich die Regierung einer der Schlüsselorderungen der Hungerstreikenden und willigte ein, die politischen Gefangenen aus dem berüchtigten Hochsicherheitsgefängnis in Eskesehir zu verlegen. Dies geschah genau zu dem Zeitpunkt, als Gewerkschaften in Istanbul Pläne für einen zweistündigen Generalstreik in Solidarität mit den linken Gefangenen ankündigten.

Nachfolgend drucken wir einen Protestbrief, der von einem Treffen der Spartakist-Jugendgruppen der Internationalen Kommunistischen Liga, das am 27. Juli in Europa stattfand, an die zuständigen Stellen der türkischen Regierung geschickt wurde. Die SpAD beteiligte sich an einer Demonstration von über tausend Linken, insbesondere Kurden, am 28. Juli in Berlin. Die Demo wurde wiederholt von einem massiven Aufgebot von Bullen angegriffen, die in die Blöcke stürmten, um „kurdische Symbole“ zu beschlagnahmen, darunter ein Banner der verbotenen PKK. In Köln wurde eine Solidaritätsdemonstration verboten, 600 hauptsächlich kurdische und türkische Demonstranten wurden verhaftet. Die Aktionen der Polizei zeigen die enge Verbindung der deutschen Bourgeoisie mit dem Terrorregime in der Türkei. Wie auf einem SpAD-Plakat stand: „Viertes Reich: Pate des Völkermordes an den Kurden“. Andere SpAD-Plakate beim Berliner Protest forderten: „Weg mit dem Verbot von Devrimci Sol, PKK und kurdischen Vereinen!“ und „Arbeiter in der Türkei: Streikt gegen reaktionären Staatsterror! Arbeiter in Deutschland: Streikt mit! Nieder mit dem deutschen Imperialismus!“ Gegen die brutale nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes fordern wir: „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!“

Protestbrief

27. Juli 1996

An: Präsident Süleyman Demirel  
Premierminister N. Erbakan  
Justizminister S. Kazan

Die Jugendgruppen der Internationalen Kommunistischen Liga fordern, daß der türkische Staat seine blutigen Finger von türkischen und kurdischen linken Gefangenen läßt. Seit 70 Tagen sind über 2000 Gefangene, darunter kämpferische Frauen, im Hungerstreik, und 315 von ihnen lehnen es sogar ab, Flüssigkeit zu sich zu nehmen. Sie protestieren gegen die schrecklichen Bedingungen, mit denen politische Gefangene im türkischen Polizeistaat konfrontiert sind. Während wir diese Zeilen schreiben, sind elf Gefangene bereits gestorben, und viele mehr schweben in unmittelbarer Lebensgefahr. Berichten zufolge sollen viele im Koma liegen, ohne jegliche Chance darauf, jemals wieder vollständig zu genesen.

Die 31 Forderungen der Gefangenen beinhalten: das sofortige Ende der Folter; Ende der Mißhandlung und Schikanierung von Besuchern; Abschaffung der Disziplinarstrafen, etwa der willkürlichen Verlängerung von Haftzeiten; Verlegung der Gefangenen aus Isolationszellen und freier Zugang zu den Medien. Die Proteste richten sich auch gegen die neuen High-Tech-Gefängnisse à la Stammheim. Solche Folterkammern des 21. Jahrhunderts wurden vom deutschen Staat eingesetzt, um Gefangene der RAF (Rote Armee Fraktion) zu töten.

Wir verlangen, daß die Forderungen der Gefangenen vollständig erfüllt werden und fordern, daß die Todeschwadronen der Armee aus den Gefängnissen draußen bleiben. Weg mit dem Verbot von Devrimci Sol, der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und anderer linker politischer Gruppen! Stoppt die mörderischen Angriffe auf Kurden, Alewiten, andere Minderheiten, Arbeiter und Jugendliche! Freiheit für alle linken politischen Gefangenen! Freiheit für die kurdischen politischen Gefangenen und alle Opfer des türkischen Staatsterrors! ■

# SPARTAKIST

## Türkiye: Sağcı terörün tüm kurbanlarına özgürlük!

Acil Protesto Faksı

27 Temmuz 1996

Alıcı: Cumhurbaşkanı Süleyman Demirel  
Başbakan N. Erbakan  
Adalet Bakanı S. Kazan

Enternasyonal Komünist Ligası gençlik gurupları olarak, Türk devletin kanlı ellerini Türk ve Kürt solcu tutuklular üzerinden çekmesini talep ediyoruz. Aralarında kadın militanların da bulunduğu 2000'i aşkın tutuklu 70 gündür açlık grevi yapmakta ve bunların 315'i su içmeyi bile reddetmektedir. Bu insanlar, Türk polis devletinde politik tutukluların karşılaştığı korkunç koşulları protesto etmektedirler. Bu yazının kaleme alındığı saatte halihazırda 11 tutuklu hayatını kaybetmiş durumdadır ve pek çok sayıda tutuklu da ölüm sınırındadır. Bunlardan birçoğunun tamamıyla iyileşebilme şansı da ortadan kalkacak şekilde komaya girmiş olduğu bildirilmektedir.

Tutukluların 31 maddeden oluşan talepleri arasında, işkencelere hemen son verilmesi; ziyaretçilere yapılan kötü

muamele ve baskılardan vazgeçilmesi; tutukluluk süresinin uzatılması gibi uygulamaları da içeren keyfi disiplin cezalarına son verilmesi; tutukluların tecrit hücrelerinden çıkartılması ve tutukluların medyaya özgürce ulaşabilmelerinin sağlanması bulunmaktadır. Bu insanlar aynı zamanda, yeni-teknoloji "Stammheim" cezaevlerine karşı da protesto yapmaktadırlar. Bu gibi 21. asır işkence odalarını Alman devleti, tutuklu RAF (Rote Armee Fraktion) üyelerini katletmek için kullanmıştır.

Biz, tutukluların taleplerinin bütünüyle kabul edilmesini ve katil ordu birliklerinin cezaevlerinden uzak tutulmalarını talep ediyoruz. Devrimci Sol, Kürdistan İşçi Partisi PKK ve diğer solcu politik guruplara konulan yasaklamalara son! Kürtlere, Alevilere, diğer azınlıklara, işçilere ve gençlere yapılan katil saldırılara son! Tüm solcu politik tutuklulara özgürlük! Kürt politik tutuklulara ve Türk devlet terörünün tüm kurbanlarına özgürlük!

Enternasyonal Komünist Ligası  
Spartakist Gençlik Gurupları (Dördüncü Enternasyonalist)

## Türkei: Freiheit für alle Opfer des rechten Terrors!

Über zwei Monate kämpften mehr als 2000 linke politische Gefangene in der Türkei mit einem heroischen Hungerstreik gegen die höllischen Bedingungen in den Gefängnissen. Ende Juli schlossen sich weitere 4000 kurdische Gefangene in einem bedeutenden Akt der Solidarität an. Als der Streik am 28. Juli eingestellt wurde, waren zwölf Gefangene gestorben, Dutzende weitere waren schwer krank.

Trotz einer Welle von Solidaritätsdemonstrationen in der Türkei und internationalen Protesten bezog die neue Regierung der islamischen „Wohlfahrts“-partei von Necmettin Erbakan eine harte Linie gegen die Hungerstreiks. Noch am 26. Juli drohte der „Justiz“-minister Sevket Kazan offen: „Zwingt uns nicht anzugreifen.“ Doch

Fortgesetzt auf S. 31



Berlin, 28. Juli: Solidaritätsdemo für die Hungerstreikenden